

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kliringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Spadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Beizen vor dem Quartalschluss, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 20. Juni 1930

Brüning Finanzminister ?

Die Pflicht des Zentrums zur Übernahme des Reichsfinanzministeriums.

Int. Ins. Inst. für
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer genehmigt und den Reichskanzler Dr. Brüning bis auf weiteres mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen beauftragt.

Die endgültige Nachfolgerschaft für Dr. Moldenhauer ist noch völlig ungeklärt. Sowohl die persönlichen als auch die sachlichen Schwierigkeiten für die Neubesetzung des Reichsfinanzministeriums sind so erheblich, dass trotz der gebotenen grossen Eile mit einer Lösung nicht vor Montag oder Dienstag der kommenden Woche gerechnet werden kann. Der beste Beweis dafür ist die Haltung der hinter der Regierung stehenden Parteien. Die Deutsche Volkspartei, die nach dem Sturze Hilferdings das Amt des Reichsfinanzministers für sich beanspruchte, hat nach dem Fiasko Moldenhauers keine Lust, zum zweiten Mal dieses Amt zu besetzen und politische Verantwortung zu übernehmen. Sie tut jetzt so, als ginge sie die Besetzung des Finanzministeriums überhaupt nichts an: Ein charakteristischer Beweis für den Mangel an Verantwortungsbewusstsein, der bei der Deutschen Volkspartei nicht zum ersten Mal in Augenschein tritt.

Als Favorit unter den Kandidaten für das Reichsfinanzministerium gilt nach wie vor der preussische Finanzminister Höpker-Aschoff. Er wird, so selten es auch klingen mag, hauptsächlich von der volksparteilichen Presse empfohlen und ist zugleich der Kandidat des Reichskanzlers Brüning. Während die volksparteilichen Empfehlungen für Höpker-Aschoff rein parteipolitischer Natur sind und das Ziel verfolgen, die demokratische Konkurrenz zu schädigen, lässt sich der Reichskanzler von sachlichen Gesichtspunkten leiten. Er sieht in Höpker-Aschoff wegen seiner langjährigen Tätigkeit als preussischer Finanzminister den Mann, der gegenwärtig als einziger, wenigstens mit einiger Aussicht auf Erfolg, in der Lage wäre, den Karren aus dem Dreck zu ziehen und der mit ihm zugleich in gewissen Fragen übereinstimmt. Er glaubt ferner, dass eine Personalunion zwischen dem Reichs- und dem preussischen Finanzministerium nicht nur den Finanzen, sondern auch der Reichs- und Verwaltungsreform dienlich sein könnte. Trotzdem ist es sehr wenig wahrscheinlich, dass Höpker-Aschoff sich in den nächsten Tagen durch den Reichskanzler doch noch zur Übernahme des Reichsfinanzministeriums wird bestimmen lassen. Ausser starken sachlichen und persönlichen Bedenken, die er gegen die Annahme des ihm am Freitag telefonisch angetragenen Amtes hegt, stehen seiner Kandidatur als Reichsfinanzminister allergrösste Bedenken der demokratischen Reichstagsfraktion gegenüber. Es kommt hinzu, dass sich Höpker-Aschoff im gegebenen Falle für das eine oder andere Amt entscheiden muss und der Gedanke einer Personalunion zwischen dem Reichs- und preussischen Finanzministerium in preussischen Regierungskreisen auf ent-

schiedenen Widerstand stösst. Man erklärt hier mit Recht, dass diese Personalunion schon aus verwaltungstechnischen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Angesichts dieser Schwierigkeiten, die wir hier nur kurz angedeutet haben, dürfte der für Samstag zwischen dem Reichskanzler und Höpker-Aschoff vereinbarten Unterredung nur formelle Bedeutung zukommen.

Was aber dann, wenn Höpker-Aschoff seine bisherigen ablehnenden Äusserungen wahrmacht und Brüning's Angebot nicht annimmt? Dass der Reichskanzler Neigung verspüren sollte, etwa der Wirtschaftspartei oder einem anderen Grüppchen seiner Koalition das Portefeuille des Finanzministers anzubieten, ist nicht gerade wahrscheinlich. Deshalb wird man einige Zweifel daran hegen können, ob die vertretungsweise Übernahme des Finanzministeriums durch den Reichskanzler Dr. Brüning nur "vorübergehend" erfolgt, wie es die "Germania" am Freitag in Ergänzung der amtlichen Meldung über den Rücktritt Moldenhauers darstellt und unterstreicht. Zahlreiche sachliche Gründe sprechen für diese Zweifel. Nach der Verfassung bestimmt der Reichskanzler die Richtlinien der Politik. Die Vorschläge Dr. Moldenhauers zur Finanzsanierung haben nicht nur die Billigung des Reichskabinetts gefunden, sondern sind auf frühere Vorschläge des Zentrums, dessen Führer Dr. Brüning ist, aufgebaut. Wenn jetzt auch die Zentrumspartei sich in auffälliges Schweigen hüllt, und sich bisher in keiner Weise zu den Plänen der Regierung geäußert hat, die mit den früher vom Zentrum vertretenen Gedankengängen eine starke Ähnlichkeit aufweisen, so ist es jetzt doch wohl an der Zeit, dass Inhalt und Verpackung der Regierungsvorlagen in Übereinstimmung gebracht werden und der Chef der Firma jetzt für die gelieferte Ware vor dem Parlament und der Öffentlichkeit persönlich die Verantwortung übernimmt.

Die Firma ist die Regierung, über deren Steuervorlagen Herr Moldenhauer gestolpert ist und ihr Chef ist Herr Reichskanzler Brüning!

SPD. Köln, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Die "Kölnische Zeitung" schreibt in ihrer heutigen Abendausgabe zu der Entlassung Moldenhauers aus seinem Amte als Reichsfinanzminister :

"In der Kölnischen Zeitung ist von Beginn der gegenwärtigen Regierungsaktion an darauf verwiesen worden, dass hier ein Finanzminister federführend für andere Kreise und Kräfte tätig war. Dieser Umstand dürfte auch von der Presse und den Kreisen nicht mehr geleugnet werden können, die jetzt Moldenhauer vorwerfen, er habe technische Fehler bei der praktischen Durchführung eines an sich guten Gedankens begangen. Deshalb will uns unbedingt folgerichtig erscheinen, dass der Reichskanzler oder einer seiner politischen Freunde mit der Führung des Reichsfinanzministeriums beauftragt wird, d.h. solange die Reichsregierung hinter ihrer heutigen Vorlage steht. Vom Zentrum als dem geistigen Urheber dieser Vorlage darf die Verantwortlichkeit nicht genommen werden. Das gebietet der Geist der Ehrlichkeit. Wir können uns nicht vorstellen, dass der Preussische Finanzminister bereit ist, in dieses Gebäude der Zentrumspolitik einzumarschieren. Wir haben vielmehr die Hoffnung, dass, wenn er sich doch noch zur Annahme des Reichsfinanzministerpostens entschliessen sollte, ein ganz anderer Geist, vor allem der des Sparwillens einziehen würde."

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellte am Freitag dem Auftrag der Fraktion entsprechend Richtlinien für die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise auf. Da ein grosser Teil der Fraktionsmitglieder sich am Freitag wegen des Wahlkampfes in Sachsen befand, konnte die nächste Fraktionssitzung, der die Billigung dieser Richtlinien obliegt, erst zu Montag, den 23. Juni einberufen werden.

SPD. Schweidnitz, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Schweidnitzer Prozess leisteten sich die nationalsozialistischen Zeugen am Freitag wieder geradezu unglaubliche Aussagen, ohne dass der Vorsitzende eingeschritten wäre.

In den von der Polizei beschlagnahmten Anweisungen für SA-Leute heisst es im Artikel 9: "Vor der Polizei weisst Du nichts." Diese Anweisung hat für die nationalsozialistischen Zeugen offensichtlich auch für die Gerichtsvernehmung Geltung, denn in entscheidenden Fragen geben sie prompt die Antwort: "Davon weiss ich nichts" oder "Ich entsinne mich nicht mehr". Ausserdem werden von den nationalsozialistischen Zeugen unter Eid immer wieder Aussagen gemacht, deren Unwahrheit und Zweckbestimmung offensichtlich ist. U.a. behaupteten mehrere nationalsozialistische Zeugen am Freitag, die Sprengung der Versammlung im Volksgarten hätte damit begonnen, dass der Reichsbannerführer und der Versammlungsleiter ohne jede Veranlassung Stühle in das Publikum geworfen hätten. Das Reichsbanner hätte die Schlägerei absichtlich begonnen, um die Nationalsozialisten in Schweidnitz unmöglich zu machen. In Ergänzung dieser Aussagen erklärte ein junger Nationalsozialist: "Ob ich wegen Meineids mit Zuchthaus bestraft werde oder nicht, das ist mir ganz gleich." Das ist offenbar die Einstellung des grössten Teils der nationalsozialistischen Zeugen. Sie sind so fanatisiert, dass sie sich einen Meineid zugunsten ihrer Partei als Ehre anrechnen in der Hoffnung, im dritten Reich dafür belohnt zu werden.

SPD. Die Pariser Saarverhandlungen, die vor 9 Monaten begonnen wurden, ohne dass bisher ein irgendwie nennenswertes Ergebnis zustande gekommen wäre; stehen wieder einmal vor einer Vertagung. Die Verhandlungen werden schon in den nächsten Tagen auf längere Zeit unterbrochen werden, damit in der Zwischenzeit neue, erfolgverheissende Ausgangspunkte für ihre Wiederaufnahme gewonnen werden können.

SPD. Stuttgart, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Die für Sonnabend-Vormittag in Ravensburg angesetzte Hinrichtung des Vatermörders Zell aus Oberschwelm scheint nicht mehr zu verhindern zu sein. Der württembergische Staatspräsident Bolz hat am Freitag von Berlin aus die bestimmte Weisung nach Stuttgart erteilt, dass es bei seiner Entscheidung, d.h. der Ausführung des Todesurteils, verbleibt.

Bolz erteilte diese Weisung, trotzdem die Reichsregierung der württembergischen Regierung am Freitag die Erklärung der Regierung Müller im Strafrechtsausschuss des Reichstags in Erinnerung bringen liess, nach der alle Länderregierungen gebeten worden sind, bis zur Entscheidung über die Todesstrafe Todesurteile nicht mehr zu vollstrecken.

Der Strafrechtsausschuss des Reichstags forderte den Reichsjustizminister am Freitag auf Antrag Rosenfeld (Soz) mit 15 gegen 10 Stimmen auf, auf die württembergische Staatsregierung einzuwirken, damit die Vollstreckung des Todesurteils an dem Vatermörder Zell unterbleibt.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sandte folgendes Telegramm an den württembergischen Staatspräsidenten: "Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ersucht nachdrücklichst Todesurteile nicht vollstrecken zu lassen."

Das gleiche Ersuchen hat die Demokratische Fraktion des Reichstags an den demokratischen Wirtschaftsminister der württembergischen Regierung gerichtet.

SPD. Paris, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer hat am Freitag nachmittag die Beratungen über die Aufstandsbewegung in Indochina fortgesetzt. Der sozialistische Abg. Varenne, der ehemalige Gouverneur von Indochina, machte der jetzigen Kolonialverwaltung Indochinas den Vorwurf, dass sie viel zu langsam an das Problem der Reformarbeit herangehe. Sie wolle in Französisch-Indochina durch die Zusammenarbeit mit der eingeborenen Bevölkerung und durch die Gewährung von autonomen Rechten ein befriedigendes Verhältnis zu den Annamiten herstellen. Wenn man so weiter mache werde Indochina nicht französisch werden, sondern chinesisch. Es gehe nicht an, alle Schuld den Bolschewisten in die Schuhe zu schieben. Es gebe in Indochina bolschewistische Agitatoren, doch nützten diese lediglich die ohnehin vorhandene Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Kolonialverwaltung aus.

SPD. Essen, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Die in Aussicht genommene Generalkündigung der Gruppe Nordwest ist nicht, wie sich jetzt herausstellt, allgemein und nach gleichem Verfahren erfolgt. Werke, die einen guten Auftragsbestand haben - wie z.B. in Bochum - haben noch nicht gekündigt. Andere haben nur den Akkordarbeitern ihrer Betriebe die Kündigung zugestellt.

SPD. Die "Vossische Zeitung" teilt mit: "Der Chefredakteur der "Vossischen Zeitung", Professor Georg Bernhard, wird auf Grund eines freundschaftlichen Übereinkommens mit dem Verlage zum Schlusse des Jahres aus seiner Stellung ausscheiden. Er tritt zur gleichen Zeit als geschäftsführendes Präsidialmitglied in den Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser ein. Sein Rücktritt steht, wie wir ausdrücklich entgegen anderen in der Öffentlichkeit verbreiteten Meldungen betonen möchten, in keinem Zusammenhang mit den schwebenden Prozessen um die Besitzverhältnisse innerhalb des Verlages Ullstein, sondern ist lediglich auf seinen Wunsch zurückzuführen, seine politische Tätigkeit in anderer Weise auszubauen. Die bewährte Kraft Professor Bernhards bleibt der Vossischen Zeitung und dem Verlage als Mitarbeiter erhalten."

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser gibt bekannt, dass er sich veranlasst gesehen hat, seine Geschäftsleitung in der Form zu erweitern, dass zum Schluss des Jahres an die Spitze des Verbandes ein geschäftsführendes Präsidium gestellt wird, in das neben Herrn Professor Georg Bernhard auch der bisherige langjährige geschäftsführende Vorsitzende Direktor Bach eintritt.

SPD. Kiel, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Kieler Munitionsprozess verkündete Landgerichtsdirektor Lemke am Freitag folgendes Urteil: "Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird verworfen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last". Als das Urteil verkündet war, beantragte der Oberstaatsanwalt während der Verlesung der Urteilsbegründung die Öffentlichkeit einschliesslich der Presse auszuschliessen. Diesem Antrage wurde sofort entsprochen.

Aus welchen Gründen das Gericht die Berufung des Staatsanwalts verworfen und sämtliche Angeklagte freigesprochen hat, wird also die Öffentlichkeit niemals erfahren. Sie weiss nur eines, dass der Reichswehrminister die Kieler Munitionsaffäre einmal eine ganz gemeine gewöhnliche Schiebung genannt hat. Entsprechend der Bekundung des Reichswehrministers ist für diese gewöhnliche Schiebung jedoch eine Strafe nicht erfolgt.

SPD. Die Weltkraftkonferenz nahm am Freitag eine Reihe von Vorträgen über die Zusammenarbeit verschiedener Energieerzeugungsanlagen entgegen und stand besonders die Frage zur Erörterung, ob die Vereinigung von Elektrizitäts- und Gasversorgung wirtschaftliche Vorteile erwarten lasse.

In den Vorträgen wurde betont, dass derartige Vorteile kaum zu erwarten seien, so lange die Erzeugung von Elektrizität und Gas in den Verbraucherbezirken selbst stattfinden. Die Entwicklungstendenz, die sich besonders in der Elektrizitätswirtschaft ausprägt, laufe aber darauf hinaus, den Erzeugungsort vom Verbrauchsgebiet in das Gebiet der anfallenden Kraftquellen, also z.B. in die Kohlengebiete zu verschieben. Auf dieser Linie dürfte sich die Möglichkeit einer wirtschaftlich vorteilhaften Zusammenfassung von Gas- und Elektrizitätserzeugungsanlagen ergeben. Vorteile erwarte man weniger für die Technik und für die Produktion, sondern mehr für die Betriebsführung und zwar hinsichtlich einer Vereinfachung der Funktionen durch Zusammenlegung im Betrieb, des Einkaufs von Brennstoffen, der gemeinsamen Werbung, der Abrechnung und der gemeinsamen Verlegung von Kabel und Rohrleitung. Im übrigen lasse sich die Frage nach einer wirtschaftlich vorteilhaften Zusammenfassung nicht generell, sondern nur für den Einzelfall bejahen. Der Zusammenfassung entstünden Schwierigkeiten durch die verschiedenartigen Belastungskurven, die vielfach nur sehr schwer zur Überdeckung gebracht werden können, und weiter dadurch entgegen, dass sich die verschiedenen Erzeugungsanlagen in verschiedenem Besitz befinden, also ver-zettelt und nur unter Aufwendung grosser Kosten zusammenzufassen sind.

Die Tagung nahm dann Vorträge über die Eisenbahnbetriebe entgegen, in denen u.a. die vielerörterte Frage der Betriebsicherheit angeschnitten wurde. Die Vortragenden stellten fest, dass die entscheidenden Faktoren der Energie-wirtschaft, also der Kapitalsdienst und die Benutzungsdauer, neuerdings auch für den Lokomotivbetrieb stark zur Geltung kämen. Die Kohlenersparnis, die lange Zeit die Konstruktion der Lokomotive bestimmte, sei ein Faktor zweiter Ordnung geworden. Man könne deshalb nicht in grösserem Umfange zu neuen Lokomotivarten übergehen, wenn diese auch beträchtliche Kohlenersparnisse brächten, da sie einen unverhältnismässig hohen Kapitalsdienst erforderlich machten. Dadurch würde verständlich, dass man im Lokomotivwesen grösseres Gewicht auf die Weiterentwicklung der bisherigen Bauarten lege, anstatt grundsätzlich neue Bauarten wie z.B. die Kohlenstaublokomotive und die Hochdrucklokomotive, die in ihrem jetzigen Entwicklungszustand sehr teuer sind, zu übernehmen. Im elek-trischen Zugbetrieb zeige sich das Bestreben, die Bahnbetriebe in den Rahmen der allgemeinen Landesenergieversorgung einzufügen. Beim elektrischen Zug-betrieb ergebe sich eine Erhöhung der Sicherheit, indem der Fahrdraht zur Nach-richtenübermittlung und zur Herstellung einer ständigen Verbindung zwischen der fahrenden Lokomotive mit der Fahrdienstleitung ausgenutzt werden kann. Es bestehe kein Zweifel, dass ein Teil der fürchterlichen Eisenbahnunfälle der letzten Zeit vermieden worden wäre, wenn die Züge mit elektrischen Lokomotiven bedient worden wären.

SPD. München, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Der bayerische Ministerpräsident hat zu der am Freitag und Sonnabend in Berlin tagenden Konferenz der Ausschüsse der Länderkonferenz nicht weniger als 26 Anträge gestellt, die alle bezwecken, das Ergebnis der bisherigen Verhand-lungen aufzuheben und die Bestrebungen auf eine straffere Organisation des Reiches illusorisch zu machen.

In seinem Hauptantrag verlangt Bayern eine klare Teilung der Aufgaben zwi-schen Reich und Ländern und Garantien für die Innehaltung der Grenzen durch das Reich, da sich das Reich in der Vergangenheit vielfach über diese Grenzen hinausgesetzt und Preussen sich grössere Rechte angemasst habe. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages werden in einer Reihe von Eventualanträgen Vor-

schläge für die Dezentralisierung gemacht, die verwirklicht werden sollten, wenn die Reichsregierung mit der preussischen Regierung vereint wird und zugleich die bisherigen 12 Einzelstaaten in Norddeutschland als Länder neuer Art Preussen einverleibt werden. Ein weiterer Antrag verlangt Schutz der Selbständigkeitsrechte der süddeutschen Länder gegen die Aufgabenverwaltung durch das Reich. Ein anderer Antrag wiederholt die letzten bayerischen Forderungen auf Abbau des parlamentarischen Systems und nach Ausgestaltung des Reichsrats als gleichberechtigter Faktor mit dem Reichstag in allen Fragen der Gesetzgebung. Zwei Anträge fordern die Belassung der Justizverwaltung bei den Ländern. Bayern hat diese beiden Anträge gestellt, weil es durch die inzwischen erfolgten Änderungen innerhalb der Regierungen in Mecklenburg und Thüringen neue Befürworter seiner föderalistischen Belange zu gewinnen hofft.

SPD. Der dem Reichstag zugeleitete Gesetzentwurf zugunsten der durch die Besetzung notleidend gewordenen Gebiete im Westen (Westhilfe) erfordert Aufwendungen in Höhe von 95 Millionen Mark. Davon entfallen 30 Millionen auf den ordentlichen und 65 Millionen Mark auf den ausserordentlichen Haushalt. Die Ausgaben sollen wie folgt gedeckt werden: Die zur Tilgung der schwebenden Reichsschuld angeforderten Mittel werden um 25 Millionen Mark gekürzt. Dazu tritt eine Kürzung im Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete um 5 Millionen Mark. Soweit die auf den ausserordentlichen Haushalt entfallenden 65 Millionen Mark in Frage kommen, will man reichseigenen Grundbesitz in den besetzten Gebieten veräußern. Man rechnet hier mit einem Ertrag von 40 Millionen Mark. Weiter sollen 25 Millionen Mark von den zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswerks in den dünnbevölkerten Gebieten vorgesehenen Mittel abgesetzt und für die Westhilfe benutzt werden. Sollte die Veräußerung des Grundbesitzes im Westen mehr erbringen, so kann der Überschuss bis zur Höhe von 2 Millionen ebenfalls für die Grenzhilfe Verwendung finden.

Darüber hinaus ist vorgesehen, im ausserordentlichen Etat für die Osthilfe weitere 35 Millionen Mark anzufordern. Die Anforderung wird mit der Notwendigkeit ausserordentlicher Massnahmen begründet und zwar sollen 25 Millionen zu Betriebssicherungen - (das werden glatte Subventionen sein und das Reich wird das Geld nie wiedersehen. Red.) - und weitere 10 Millionen für Eisenbahnbauten verwendet werden.

SPD. Paris, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident erklärte am Freitag in der Finanzkommission der Kammer, dass der Tresor des Finanzministeriums noch über 11½ Milliarden Franken verfüge. Von diesen seien 2½ Milliarden für bestimmte administrative Ausgaben reserviert, fünf Milliarden für die Stützung der Wirtschaft. Der Rest aber müsse - ohne dass Tardieu genaue Ziffern angab - der nationalen Verteidigung zur Verfügung gestellt werden.

Der Berichterstatter der Finanzkommission, Chappedelaine, bestritt die von Tardieu gegebenen Ziffern, während Malvy der Meinung Ausdruck gab, dass für die Wirtschaft auch im besten Falle nur noch eineinhalb Milliarden Franken blieben.

SPD. Die Verhandlungen der Regierung mit den hinter ihr stehenden Parteien über die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete gestalteten sich so schwierig, dass die Regierung auf ihren anfänglichen Plan, das Ministerium mit seinem Minister und mehreren Beamten bis zum 1. April weiterzuführen, verzichtet und sich für seine Auflösung zum 1. Oktober entschlossen hat.

Das heisst jedoch nicht, dass der gegenwärtige Minister für die besetzten Gebiete der Regierung ab 1. Oktober nicht mehr angehört. Treviranus wird vielmehr mit Zustimmung der hinter der Regierung stehenden Parteien in dem Kabinett als Minister ohne Portefeuille verbleiben und künftig seinen Sitz in unmittelbarer Nähe eines Freundes Brüning, in der Reichskanzlei, haben.

Treviranus ist seit seiner Ministerschaft mit dem Zentrumsminister im Kabinett Brüning und dem Reichspostminister Schätzle, der zur Bayerischen Volkspartei zählt, durch Dick und Dünn gegangen. Das erklärt, warum er nach der Auflösung seines Ministeriums nicht aus der Regierung ausscheidet und für nicht und wider nichts ein verhältnismässig hohes Gehalt bezieht. Treviranus ist für Herrn Brüning eine gute Stütze, die jederzeit Hindenburgs Ohr hat und bei Abstimmungen im Kabinett zahlenmässig zugunsten der Zentrumsauffassungen ins Gewicht fallen kann. Nur so ist es zu verstehen, dass sich Herr Brüning für ihn stark gemacht hat. Seinem Treviranus zu Liebe gibt er seine Parole zum Sparen gern einer kleinen Lächerlichkeit preis.

SPD. Wien, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Vizepräsident der Grätzer Handelskammer, Dr. Friedrich Schuster, wurde am Freitag zum Nachfolger des zurückgetretenen Handelsministers Hainisch ernannt. Schuster war bis zum Zusammenbruch Generaldirektor der Rothschild'schen Eisenwerke in Witkowitz in Mähren, wo er jede gewerkschaftliche Organisation verhinderte. Nach dem Umsturz musste er zurücktreten. Seitdem wohnte er in Gratz, wo er zeitweise Kassierer der Heimwehr war.

SPD. Altona, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Prozess gegen die Bombenleger wird am 15. August in einer ausserordentlichen Schwurgerichtstagung in Altona beginnen. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Dr. Zelenka führen.

SPD. Wien, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Der christlich-soziale Landeshauptmann von Tirol wird den Bundeskanzler in den nächsten Tagen offiziell um die Aufhebung des Ausweisungsbefehls gegen Major Fabst ersuchen. Das Ersuchen dürfte jedoch abgelehnt werden.

SPD. Genf, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz beschloss am Freitag auf englischen Antrag, in eine neue Prüfung des deutschen Antrags auf Verkürzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau auf 7 3/4 Stunden einzutreten. Die Arbeitgebergruppe verliess vor der Abstimmung demonstrativ den Saal, da sie zunächst gegen die Abstimmung war und sie später auf den Nachmittag verschoben wissen wollte. Falls die Arbeitgeber auch am Sonabend nach einer Art Schlichtungskonferenz unter dem Vorsitz des Präsidenten ihre weitere Teilnahme an den Sitzungen der Kohlenkommission ablehnen sollten, wird die Kommission ohne sie weiter tagen.

SPD. Bombay, 20. Juni (Eig.Drahtb.)

Die verschärften Massnahmen der Regierung gegen die Boykottbewegung, die Truppenkonzentrationen, die zahllosen Verhaftungen und Zeitungsverbote haben die Stimmung der indischen Bevölkerung sehr verbittert. Das beweisen Bombenattentate in fünf Städten und vor allem der Streikbeschluss der indischen Studenten. Mit dem Eintritt der Regenperiode gehen die Schulferien zu Ende. Die Studentenkorporationen beabsichtigen nach dem Ferien nicht in die Universitäten und Hochschulen zurückzukehren.

Inzwischen nimmt die Boykottbewegung gegen Sahnaps und englische Baumwolle täglich zu. In Scholapur ist sie so vollständig, dass sämtliche englische Geschäftsleute mit ihren Familien, etwa 8000 Menschen, die Stadt verlassen haben, da seit vielen Wochen kein Jnder ihre Läden betreten hat. Die Massnahmen der Regierung, mehrere bei den Unruhen in Scholapur Beteiligte wegen Mordes anzuklagen, und viele andere nachträgliche Verhaftungen haben den Hass gegen die Ausländer noch verstärkt und die Lage verschärft.

SPD. Paris, 20. Juni (Eig.Drahtb.)

In der Freitagsitzung der Finanzkommission der Kammer erklärte Ministerpräsident Tardieu, es sei mit absoluter Gewissheit bekannt, dass Italien in den letzten Wochen beträchtliche Truppenkontingente an der italienischfranzösischen Grenze konzentriert habe. Zur Beruhigung seiner eigenen Bevölkerung sei daher die französische Regierung gezwungen gewesen, das gleiche zu tun, nämlich ebenfalls Truppen an der Grenze zusammenzuziehen und dort zunächst zu belassen. Der aggressive Ton der Reden Mussolinis sei schlechthin unanständig; er selbst habe Italien gegenüber nur den einen Wunsch, "dass man Frankreich in Ruhe lassen möge."

SPD. Bombay, 20. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Polizei zerstreute am Freitag einen von 4000 Studenten gebildeten Demonstrationzug, der sich mit Fahnen und Musik dem Europäerviertel nähern wollte. 16 Studenten wurden verhaftet. Später formierte sich der Zug wiederum. Da er sich jedoch nur durch die von Jndern bewohnten Strassen bewegte, liess ihn die Polizei unbehelligt.

SPD. Königsberg i/Pr., 20. Juni (Eig. Dr.)

Am Freitag trat in Prostken, wo sich am Donnerstag ein neuer deutsch-polnischer Grenzzwischenfall ereignete, eine deutsch-polnische Kommission zur Untersuchung des Vorfalles zusammen. Von deutscher Seite nehmen an dieser Untersuchung teil: der zuständige Landrat, ein Vertreter des Hauptzollamts und ein Vertreter der Staatsanwaltschaft.

Der Vorfall stellt sich nach den bisher von deutscher Seite vorliegenden Untersuchungsergebnissen folgendermassen dar: "Der deutsche Zollassistent Tarkowski, der auf dem Rade über die Grenzlandstrasse fuhr, die 350 Meter diesseits der polnischen Grenze liegt, begegnete einem Zivilisten, der ohne ein Wort zu sagen, eine Pistole hervorzog und auf den völlig überraschten Beamten das Feuer eröffnete. Dieser stürzte vom Rade. Beim dritten Schuss, den der Zivilist abgeben wollte, hatte er offenbar eine Ladehemmung. In diesem Augenblick gab der deutsche Grenzbeamte seinerseits einen Schuss ab, der den Unbekannten tötete. Man fand bei ihm einen polnischen Pass für 1930, der auf den Namen eines polnischen Grenzbeamten lautete. Die Passfotografie war mit dem Unbekannten identisch, so dass kein Zweifel daran besteht, dass es sich hier um einen polnischen Grenzbeamten handelt. Aus welchen Gründen dieser die Grenze überschritten hat, steht noch nicht fest. Es wird Aufgabe der gemischten deutsch-polnischen Kommission sein, hier Aufklärung zu schaffen. Die Obduktion der Leiche wird in Lyck vorgenommen."

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat das Tragen des Abzeichens der Nationalsozialistischen Partei verboten. Die Nationalsozialisten versuchten das Uniformverbot des Preussischen Innenministers dadurch zu umgehen, dass sie bei den Umzügen in einheitlicher Kleidung auftraten, die gewöhnlich in weissem Hemd mit dem aufgesteckten Hakenkreuz, brauner Hose und Gürtel bestand.

SPD. Zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen ist dieser Tage ein Staatsvertrag unterzeichnet worden, der für eine einheitliche Hafenpolitik und die künftige Entwicklung des Bremer Welthafens von grösster Bedeutung ist.

Der Zweck des Abkommens ist, das Wirtschaftsgebiet an der Unterweser einheitlich zu erschliessen, in gemeinsamer Arbeit jeden der Gesamtwirtschaft schädlichen Wettbewerb zu vermeiden und Verwaltungsunzutraglichkeiten zu beiseitigen. Das einheitliche Wirtschaftsgebiet an der Unterweser soll künftig so verwaltet werden, als ob Landesgrenzen zwischen den beteiligten Staaten nicht mehr existieren. Soweit die Interessen des oldenburgischen Staates berührt werden, ist sein Beitritt zu dem Vertragswerk vorgesehen.

Das Kernstück des Vertrages ist das Abkommen über die Hochseefischerei. Durch den Beitritt Bremens zu dem zwischen Preussen und Hamburg abgeschlossenen Verträge über den Betrieb und Ausbau der Hochseefischereimärkte ist der Ausgangspunkt für eine zweckmässige Arbeitsteilung zwischen den wichtigsten Fischereihäfen der Nordsee geschaffen. Hierdurch wird auch einer Zersplitterung und einem kostspieligen und schädlichen Wettbewerb zwischen den einzelnen Häfen vorgebeugt. Durch die Schaffung einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft für die Fischereihäfen Wesermünde und Bremerhaven wird den Erfordernissen einer wirtschaftlichen Betriebsführung Rechnung getragen. Ferner dienen eine Anzahl von Einzelabkommen der praktischen Durchführung des Gemeinschaftsgedankens, der darauf hinausläuft, die öffentlichen Interessen im Unterwesergebiet so wahrzunehmen, als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären.

Über das Unterwesergebiet hinaus greift das Weser-Ems-Abkommen, das zwi-

schen Preussen und Bremen eine engere Fühlungnahme in der Seehafenpolitik anstrebt. Dieser Vertrag gewinnt in Verbindung mit einer einheitlichen Wirtschafts-, Verkehrs- und Tarifpolitik besondere Bedeutung im Konkurrenzkampf der deutschen mit den ausländischen Seehäfen. Diese jetzt gesicherte einheitliche Politik der beiden Häfen hat sich als eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit erwiesen, zumal beide Häfen das gleiche Hinterland im rheinisch-westfälischen Industriebezirk besitzen.

Der Staatsvertrag zwischen Preussen und Bremen ist ebenso wie das Gemeinschaftsabkommen zwischen Preussen und Hamburg vom Jahre 1928 richtunggebend für die künftige Reichsreform. Unter bewusster Zurückstellung partikulatistischer Interessen stellen diese Staatsverträge Preussens mit den beiden Hansestädten einen Sieg der wirtschaftlichen Vernunft über eine engherzige politische Prestigepolitik dar.

SPD. London, 20. Juni (Eig. Drahtb.)

Der "Daily Herald" berichtet aus Rom, dass die Spannung zwischen Italien und Frankreich seit einigen Tagen sichtlich zunehme. So habe u. a. Turati, der Generalsekretär der faschistischen Partei in einer Ansprache vor faschistischen Studenten erklärt, der Krieg mit Frankreich sei unvermeidlich geworden. Die gleiche Rede und die gleichen Worte seien am Freitag von Turati wiederum bei einer anderen Versammlung wiederholt worden. Ähnliche private Propagandaveranstaltungen und Ansprachen würden von der faschistischen Partei zurzeit durch ganz Italien getragen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 20. Juni (Eig. Bericht)

Der Reichstag beschäftigte sich am Freitag mit der zweiten Beratung des Reichshaushalts für das Ministerium der besetzten Gebiete. Es ist das letzte mal, dass dieser Haushalt vorgelegt wird, denn dieses Reichsministerium wird bis zum 1. Oktober dieses Jahres aufgelöst werden. Die bevorstehende Befreiung der besetzten Gebiete gab einer Reihe von Fraktionsrednern Gelegenheit zu schwülstigen patriotischen Ansprachen, die besser auf ein Kriegerversammlungsfest, als in den Deutschen Reichstag gehört hätten. Man wurde dabei auch die unangenehme Erinnerung nicht los, dass in einigen Parteien, die jetzt so gewaltig in Befreiungstiraden machen, mancher sitzt, der in den Jahren 1918 bis 1923 dem Separatismus recht nahe gestanden hat.

Erster Redner war der deutschnationale Abg. Dr. v. Dryander. Es ist nie bekannt geworden, dass er sich in brenzlischen Zeiten an der rheinischen Front besonders lebhaft und tapfer betätigt hätte. Jetzt aber führt er Reden wie ein Freiheitsheld. Er schloss mit dem Rufe zur Wahrhaftigkeit an die rheinische Jugend: "Und setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein." Zur Entschuldigung Dryanders darf freilich gesagt werden, dass er lediglich eine dumme Phrase von sich gegeben hat, ohne daran zu denken, dass mit dieser Redensart ernst gemacht werden könne.

Beinahe noch schlimmer war der zentrumsabgeordnete Dr. Bockius. Man hätte glauben können, er gehöre zur Fraktion Hugenburgs und nicht zur Partei des Reichskanzlers Dr. Brüning. Herr Bockius tobte geradezu gegen Frankreich und gegen den Versailler Vertrag, der zerfetzt werden müsse. Er sprach in abgegriffenen Ausdrücken über die Kriegsschuld und fand im ganzen bei den Deutschnationalen mehr Beifall, als bei seinen eigenen Parteifreunden.

Sympathisch hob sich von diesen wilden Männern der Volksparteiler Dr. Kallé ab. Er war auch der erste Redner aus dem Hause, der in Dankbarkeit des Reichsministers Dr. Stresemann gedachte. Es zeigt dies, wie gering noch der politische Takt im Reichsparlament entwickelt ist. In jedem Parlament, jeder politischen Kultur würde der Gegner eines so verdienten Staatsmannes die Gelegenheit zum Dank an den Verstorbenen wahrgenommen haben.

Der Reichsminister der besetzten Gebiete machte keinerlei politische Ausführungen, sondern sagte, dass er dies seinem Kollegen Dr. Curtius bei Gelegenheit der Beratung des Aussenetats überlässt. Er dankte im Namen der Reichsregierung der Bevölkerung des Rheinlandes für ihre nationale Treue und sprach seine Freude über die Erhaltung der Reichseinheit aus. Über die Unterbringung der freiwerdenden Beamten, Angestellten und Arbeiter aus der Reichsverwaltung im besetzten Gebiet gab er recht optimistische Erklärungen ab.

Der kommunistische Abg. Kollwitz griff die französischen Sozialisten an, weil sie den französischen Militarismus stützten. Selbstverständlich bekam auch die deutsche Sozialdemokratie von ihm eine sehr schlechte Note. Man wird das umso eher ertragen können, als Herr Kollwitz niemals im Rheinland irgendwelche Arbeit geleistet hat. - Der christlich-nationale Bauer Dorsch-Hessen sprach heftig gegen die Beamtenschaft. Man hätte statt der Besoldungsreform das Geld für die besetzten Gebiete verwenden sollen.

Den Schluss des Tages bildete eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Kirschmann, der den jetzt von der Besatzung frei werdenden Wahlkreis Koblenz-Trier vertritt. Kirschmann lieferte durch seine sachliche und inhaltvolle Rede den Beweis, dass sich die Freude über den Abmarsch der fremden Truppen in einer Form ausdrücken lässt, die allgemeine Zustimmung finden kann. Kirschmann bedauerte, den Reichsminister nicht in den Dank für die Befreiung der Rheinlande einschließen zu können. Denn die Politik, die Treviranus als Abgeordneter getrieben habe, sei für die Befreiung nicht förderlich, sondern hinderlich gewesen. Kirschmann skizzierte dann knapp und klar die für

das Rheinland notwendigen Forderungen, verlangte gesetzliche Festlegung der Westhilfe und soziale Hilfsmassnahmen überhaupt, auch an der Saar. Durch diese materiellen Hilfsmassnahmen müssten die ideellen Dankesworte ergänzt werden. Mit Recht gedachte Kirschmann rühmend der deutschen Eisenbahner, die während des passiven Widerstandes unendlich viel erdulden mussten. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass die Reichsbahn sonderbarerweise gerade jetzt in den Wochen des Abmarsches der fremden Truppen zu grossen Abbaumassnahmen gegen Eisenbahnbedienstete gegriffen habe, zumal in Trier und in Jülich. Durch das Eingreifen der Berufsorganisation und von sozialistischen Abgeordneten ist der Abbau allerdings in engeren Grenzen gehalten worden, als die Reichsbahn ursprünglich beabsichtigte. Hier machten sich die Kommunisten durch Zwischenrufe bemerkbar. Sie wurden aber sofort still, als ihnen von den sozialdemokratischen Bänken entgegengehalten wurde, dass sich die Kommunisten um die vom Abbau bedrohten Eisenbahner überhaupt nicht gekümmert hätten. - Damit war die zweite Beratung des Haushalts für die besetzten Gebiete abgeschlossen.

Nächste Sitzung Sonnabend zehn Uhr. Tagesordnung: Amnestie.

SPD. London, 20. Juni (Eig. Drahtber.)

Das englische Kolonialamt hat der Öffentlichkeit zwei Dokumente übergeben die sich mit der Zusammenfassung und inneren Reorganisation von Britisch-Ostafrika befassen. Die Vorschläge werden von einer Kommission unterbreitet, die sich seit längerer Zeit mit dem Problem Britisch-Ostafrika beschäftigt hat.

Die beiden Dokumente bestätigen die bisherige Ostafrikapolitik der Regierung und geben zugleich die Absicht Englands kund, die beiden Kolonien Uganda und Kenia, sowie das Mandatsgebiet Tanganyika, früher Deutsch-Ostafrika, enger zusammenzuschweissen. Das von dem Völkerbund an England übertragene Mandat über Tanganyika lässt eine derartige, jetzt von England beabsichtigte Massnahme zu und die von der Kommission gemachten Vorschläge bemühen sich, den vom Völkerbund vorgeschriebenen Satzungen gerecht zu werden. In der Hauptsache soll für alle drei Kolonien ein gemeinsamer britischer Oberkommissar ernannt und ihm ein sechs Mann starker Beirat zur Seite gestellt werden. Dieses Gremium soll alle Entscheidungen über die wirtschaftlichen und politischen Fragen fällen. Hafen, Post, Steuern, Verteidigung, Verkehr und alle anderen wichtigen wirtschaftlichen Institutionen der drei Gebiete sollen in Zukunft in diese Zentralverfügungsgewalt übergehen.

Es muss anerkannt werden, dass in dem Memorandum unter dem Druck der Arbeiterregierung die Interessen der eingeborenen Bevölkerung gegenüber den Interessen der in den drei Kolonien lebenden Engländer und Inder sehr in Schutz genommen werden. Die Vorschläge dürften deshalb bei den vielen in Kenia lebenden Engländern grosse Unzufriedenheit hervorrufen. Sie fordern weitgehende gesetzliche Vorrechte gegenüber den Eingeborenen. Die Kommission ist über diese Sonderwünsche hinweggegangen, da sie der Ansicht ist, dass die Bevölkerung der drei Kolonien im Laufe der Jahre in ein Dominionverhältnis zum Mutterland gebracht werden muss. Insofern entsprechen die Vorschläge, den England als Mandatsinhaber Deutsch-Ostafrikas, auferlegten Verpflichtungen.

Eine gemeinsame, aus Mitgliedern des Ober- und Unterhauses zusammengesetzte Kommission wird sich schon in den nächsten Tagen mit den Vorschlägen beschäftigen. Dann gehen sie dem Parlament in der Form eines Gesetzentwurfes zu.

Aus aller Welt

Mörder oder verrückt?

Der zweite Tag im Prenzlauer Gattenmordprozess - Krach zwischen Staatsanwalt und Verteidiger - Der erste Hauptbelastungszeuge.

SPD, Prenzlau, 20. Juni (Eig. Drahtber.)

Der zweite Verhandlungstag des Gutmann-Prozesses beginnt mit einem heftigen Zusammenstoß zwischen Rechtsanwalt Dr. Frey und Oberstaatsanwalt Hardt. Herr Frey empört sich darüber, dass die Staatsanwaltschaft den Tod der ersten Frau des Dr. Gutmann im Gerichtssaal zur Sprache bringt. Worauf Staatsanwalt Hardt erwidert: "Die Anklagebehörde beabsichtigt in keiner Weise den Tod der ersten Frau in die Anklage mit einzubeziehen, da sie überzeugt ist, dass hier eine Beweisführung ausgeschlossen ist. Aber zur Beleuchtung gewisser Momente bei der Tötung der zweiten Frau scheint die Behandlung auch dieses Komplexes durchaus notwendig."

Die Aussage des Apothekers.

Herr Taggeselle, ein Schwedter Apotheker, gehört zu den Hauptbelastungszeugen. Beim Auftreten Taggeselles merkt man deutlich, wie der Angeklagte unruhig und nervös wird. Dem Apotheker ist mancherlei aufgefallen. Sehr merkwürdig erschien ihm z. B., dass ihm häufig Rezepte des Hausarztes der Familie Gutmann, Dr. Löwenthal, vorgelegt wurden, die eine Morphiumlösung, die mit Scopolamin gemischt war, vorschrieben und die auf den Namen eines Fräulein Gutsch lauteten. Diese Rezepte wurden von Gutmann selbst bezahlt, der die Medikamente gleich mitnahm. Der Angeklagte behauptet, dass er eine Hausangestellte namens Gutsch gehabt habe. Der Apotheker: "Besonders seltsam erschien es mir, dass Herr Gutmann die Medikamente immer am Abend durch die Hintertüre abholte. Am Tage vor dem Tode der Frau ist er ebenfalls hinten herein gekommen. Am andern Tage kam er wieder. Selten habe ich einen Menschen so aufgelöst gesehen wie Gutmann an diesem Tage. Er sah mich stier an und zitterte an allen Gliedern." Taggeselle erzählt ferner, dass ihm Dr. Löwenthal gesagt habe, er mache sich so seine Gedanken über den Fall. Es habe ihn besonders merkwürdig berührt, dass man ihn als Hausarzt zu dem Todesfall nicht hinzugezogen habe. Der Oberstaatsanwalt: "Der Angeklagte meint, er könne sich nicht mehr erinnern, bei Ihnen an jenem Vorabend Morphium geholt zu haben. Irren Sie sich vielleicht Herr Zeuge?" Der Apotheker: "Das ist gänzlich ausgeschlossen!" Der Oberstaatsanwalt: "Und noch eine Frage. Haben Sie dem Angeklagten von Ihren Cyankalibeständen abgegeben?" Der Zeuge: "Niemals hat Herr Gutmann von mir Cyankalierhalten!" Hier gerät der Angeklagte in wilde Erregung, ballt die Fäuste und ruft, während sich sein Gesicht verzerrt, dem Apotheker zu: "Das stimmt nicht! Sie lügen."

"Ein ausgesprochener Satan".

Nun wird der Bruder des Angeklagten, ein Zahnarzt Dr. Curt Gutmann aus Berlin, vernommen. Der Zeuge macht einen durchaus sympathischen Eindruck. Seine Bekundungen sind: "Mein Bruder ist ein gänzlich willensschwacher, energieloser und verschwenderischer Mensch, ich halte ihn für völlig pathologisch. Ich habe selten einen Menschen gesehen, der einen so hermungslosen Drang zum Lügen hat wie er. Dabei ist er ungemein gutmütig und alles andere als ein harter, zielbewusster Verbrecher, der auf ein bestimmtes Ziel lossteuert. Vom Wert des Geldes hat er keine Ahnung, er wirft es wie ein Verrückter zum Fenster hinaus. Dass er am Tode seiner ersten Frau schuld ist, erscheint mir gänzlich ausge-

schlossen. Von anderem abgesehen, hatte er das grösste Interesse daran, dass sie möglichst lange am Leben bliebe. Er war ja stets in den grössten Geldkalamitäten und der Schwager, ein wohlhabender Bankier, musste ihm immer wieder zur Seite springen. Die zweite Frau war ein ausgesprochener Satan, dabei von einer unglaublichen Taktlosigkeit. Als wir von der Beerdigung meines Vaters nach Hause zurückkehrten, machte sie mir auf der Strasse eine heftige Szene und verlangte 250 Dollar zurück, die der Verstorbene sich angeblich von ihr geborgt habe. Das war sehr charakteristisch für sie. Ich selbst habe ihr einmal ins Gesicht gesagt: "Wenn Du meine Frau wärst, hätte ich Dich längst zum Fenster hinausgeworfen!"

Der Vater der Ermordeten.

Hingegen sagt der Vater der getöteten Rosi Ferber, der nach Dr. Gutmann gehört wird, dass seine Tochter zwar etwas stolz und dickköpfig gewesen sei, aber sonst einen durchaus guten Charakter gehabt habe. Gutmann sei ein notorischer Schmarotzer gewesen, der andre für sich arbeiten lassen wollte, um so ungehindert seinen kostspieligen Passionen nachgehen zu können. Danach wird Frau Lenz vernommen, mit der der Angeklagte in sehr freundschaftlichem Verhältnis stand. Die Aussage der Zeugin ist recht zurückhaltend. Es ist ihr nichts Besonderes im Hause Gutmann aufgefallen. Die Ehe sei gewesen wie tausend andre, nicht gerade ideal, aber auch nicht schlechter als Ehen im Durchschnitt zu sein pflegen.

Ein geschickter Vorsitzender.

Landgerichtsdirektor Achilles aus Frenzlau, der den Vorsitz im Gutmann-Prozess führt, ist ein Mann, der sich nicht aus der Ruhe bringen lässt. Wenn er eine Frage an den Angeklagten oder an die Zeugen zu stellen hat, so spricht er gemessen, gedämpft, beinahe etwas phlegmatisch. Entsteht ein Krach zwischen dem aggressiven Oberstaatsanwalt und Herrn Dr. Frey, so lächelt er zwar etwas ironisch, bleibt jedoch völlig zurückhaltend. Dabei ist seine Methode, dem redseligen Angeklagten möglichst Freiheit zu gewähren und ihn aussprechen zu lassen. Nur wenn der Angeklagte bei seinen Versuchen, Widersprüche zu klären und Verdachtsmomente zu enträtseln, gar zu sehr seiner krankhaften Phantasie die Zügel schiessen lässt, hebt sich seine etwas monoton gleichgültige Stimme und die dunklen, kühlen Augen, die immer klug und beherrscht über der Situation stehen, bekommen einen ärgerlichen Schimmer. Dann streckt der Vorsitzende die Hände aus und sagt abwehrend: "Aber Herr Gutmann, das erscheint doch sehr wenig glaubwürdig, was Sie da sagen!" Worauf der Angeklagte nichts anderes zu erwidern weiss, als in ein hysterisch-nervöses Lächeln auszubrechen.

Der energische Ankläger.

Oberstaatsanwalt Hardt, der Ankläger, ist auf dem Posten. Breit, wuchtig, den massigen Oberkörper leicht nach vorn gebeugt, die eine Hand lauschend am Ohr, die starken Lippen zusammengepresst, so sitzt er da, um sich sofort impulsiv und kämpferisch zu erheben, wenn die Verteidigung versucht, aus dem Gebäude seiner Anklage ein Steinchen herauszubringen. Die Stimme des Herrn Hardt ist schneidend, scharf, manchmal provozierend. Wenn er wie ein gereizter Panther in die Höhe springt, um seine staatsanwaltschaftlichen "Belange" gegen den monkelblitzenden Dr. Frey zu wahren, sieht er manchmal wie ein Stierkämpfer aus, der zum Kampf in die Arena zieht. Ein Aktivist, aber einer der alten Schule, bäuerlich, wurzelfest und etwas plump. Immerhin ein Gegner für den Rechtsanwalt, mit dem er rechnen muss.

Dr. Freys neue Taktik.

Dr. Frey, der sich an allgemeinen nichts gefallen lässt und gern mit markanter Geste gegen Staatsanwalte und Vorsitzende ins Gefecht zieht, hat sich für den Frenzlauer Mordprozess vorerst eine andere als die bei ihm übliche Taktik ausgesucht. Er ist lebenswürdig, konziliant, weicht den Attacken des Staatsanwalts mit einer höflich-spöttischen Handbewegung aus und sagt, wobei er sein Gesicht in fast melancholisch-bedauernde Falten legt, zum Oberstaats-

anwalt: "Aber, Herr Staatsanwalt, ich muss Ihnen leider entgegenhalten, dass Sie hier im Irrtum sind." Worauf der Staatsanwalt ein leises Knurren von sich gibt, dem lächelnden Verteidiger einen bösen Blick zuwirft und sich hörbar in seinem Stuhl zurücksetzt. Am zweiten Tag aber zeigt der Verteidiger schon seine Krallen....

Recherchen am Tatort.

Kleiner Abstecher nach Schwedt. Hier spricht buchstäblich jeder Mensch von dem Prenzlauer Prozess und seinem Mittelpunkt, dem Zahnarzt Dr. Gutmann, der in Schwedt seine Praxis ausübte. Was man hört, ist sehr widerspruchsvoll, sehr viel Tratsch und Klatsch ist in der Kleinstadt unterwegs, keiner weiss etwas Genaues, aber munkeln tun sie alle. "Wissen Sie", erzählt eine Kaufmannsfrau, "die zweite Frau Gutmann, die Rosi, hat manchmal bei uns eingekauft. Ich habe immer mit ihr etwas geplaudert. Eine etwas schweigsame, aber doch recht nette Frau. So einen traurigen Blick hat sie in den Augen gehabt, wissen Sie. In ihrer Ehe hat sie sich wohl gar nicht glücklich gefühlt. Vor allem in der letzten Zeit nicht. Aber nie wollte sie recht mit der Sprache heraus."

Ein Mann, der den angeklagten Zahnarzt aus seiner Praxis und auch sonst privatim kannte, sagt, er habe auf ihn immer einen geradezu unheimlichen Eindruck gemacht. Alles sei bei ihm Mache gewesen, in Schwedt habe man sich "ganz tolle Sachen" von ihm erzählt. "Anstatt seine Praxis zu versehen, ist er ans Wasser gegangen und hat geangelt. Das konnte er stundenlang tun. Und fotografiert hat er wie ein Wilder. Alles was ihm unter die Finger kam, wurde geknipst. Dabei war er immer pleite, es gibt wohl wenig Leute in Schwedt, die er nicht angepumpt hat."

"Ja, glauben Sie denn, dass er den Mord begangen hat?"

"Wissen Sie, wie ein Mörder kam er uns ja eigentlich weniger vor. Eher wie ein Verrückter. Aber wer kann das wissen. - -" - -

+ + +

Wiederaufnahmeverfahren im Manasse-Prozess? Rechtsanwalt Brandt, der Verteidiger des wegen doppelten Totschlags zu 6 Jahren Gefängnis verurteilten Brudermörders Manasse Friedländer, hat die beim Reichsgericht schwebende Revision des Urteils zurückgenommen, stattdessen aber beim Schwurgericht III in Berlin die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Die Verteidigung will den Beweis dafür erbringen, dass Manasse Friedländer nicht erst jetzt in der Irrenanstalt geisteskrank geworden ist, sondern sich bereits zur Zeit der Begehung der Tat in einem Zustand von Geistesgestörtheit befunden hat, der die Anwendung des § 51 und somit Freispruch notwendig macht.

+ + +

Kindesentführung per Motorrad. In Frankfurt a.M. stürzten sich am Freitag mittag zwei junge Männer, die im Besitz eines Motorrades waren, auf die 5-jährige Tochter eines vor wenigen Wochen geschiedenen Ehepaares. Das Kind ging mit seiner Tante spazieren. Die Männer rissen die Kleine an sich, schwangen sich auf ihr Motorrad und fuhren mit ihrem "Raub" in vollem Tempo davon.

+ + +

Aus der Haft entsprungen. Der bekannte Ein- und Ausbrecher Herbert Sandowski, der schon oft die amerikanische und deutsche Kriminalpolizei beschäftigte und zuletzt in der Strafanstalt Tegel bei Berlin eine Freiheitsstrafe verbüsst, ist wieder einmal auf ausserordentlich kühne Weise aus dem Gefängnis ausgebrochen. Sandowski lag seit einigen Tagen im Lazarett und hat offenbar von einem seiner Freunde, die ihn besuchten, unbemerkt eine Stahlsäge erhalten. Während eines Rundgangs der Gefängniswachen fand die Patrouille den Zellengenossen Sandowski gefesselt und geknebelt in seinem Bett, Sandowski selbst war nirgends aufzufinden. Er hatte die Fenstergitter durchsägt und sich dann, mit Hilfe eines aus Bettüchern gedrehten Strickes, davongemacht.

+ + +

Eriger Kerker. Der 39-jährige Schuhmachergehilfe Richard Neugebauer, der am 18. Mai ds. Js. in Wölfelsgrund (Eulengebirge) eine Frau Dr. Wolfsohn aus Berlin überfallen, beraubt und ermordet hat, ist am Freitag vom Schwurgericht in Glatz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

+ + +

Drama unter Greisen. Der 68 Jahre alte frühere Schriftsetzer Johann Wichterich in Elberfeld hat, angeblich aus Gründen der Eifersucht, seine 62jährige Frau erschossen.

+ + +

Flucht vor den Sowjets. Im bulgarischen Hafen Warna am Schwarzen Meer landete dieser Tage ein zweimastiges Segelschiff, das von dem sowjet-russischen Hafen Kherson kam und 39 Flüchtlinge an Bord hatte. Die Flüchtlinge, unter denen sich auch deutsche Kolonisten befanden, waren nach einer abenteuerlichen und gefährlichen Reise über das Schwarze Meer, zufällig nach der bulgarischen Küste verschlagen worden; sie hatten in ständiger Furcht gelebt, von sowjet-russischen Kriegsschiffen aufgegriffen zu werden. Die Abenteurer kamen halbverhungert an und bissen nur einige, kaum essbare Schwarzbrote, wie sie heute in Russland gegen Karte abgegeben werden.

+ + +

Gift im Kaffee! Wegen versuchten Mordes in zwei Fällen wurde der 32 Jahre alte Elektromonteur Paul Rudolph vom Schwurgericht Dresden zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust verurteilt. Rudolph war seit zwei Jahren verheiratet und unterhielt seit Herbst 1929 Beziehungen zu einer geschiedenen Frau. Am Sylvesterabend 1929, den Rudolph mit seiner Frau verlebte, legte er in seiner Wohnung von der Küche nach dem Schlafzimmer einen Gasschlauch. Als seine Frau zu Bett gegangen und eingeschlafen war, öffnete Rudolph den Gashahn. Als die Frau erwachte, schloss sie den Gashahn. Vor Gericht gab Rudolph den Versuch eines Doppelselbstmordes vor. Drei Wochen später versuchte Rudolph seine Frau dadurch zu töten, dass er in den Morgenkaffee eine Dosis Gift mischte. Der Kaffee wurde jedoch von der Frau nicht getrunken. Der Angeklagte bestritt die Giftmischerei. Die Richter betrachten ihn jedoch als überführt.

+ + +

Indianerhäuptling in Berlin. Big Chief White Horse Eagle, der grosse Indianerhäuptling, der in der Welt herumreist mit der hohen Aufgabe, seinen indianischen Brüdern zu helfen, weilt z. Zt. in Berlin. Von dem Erlös seiner Vorträge baut er jenseits des grossen Wassers die Siedlungen auf, in denen die letzten seines Stammes nun endlich eine menschenwürdige Wohnstätte finden sollen.

In bunter wildlederener Jacke, mit Klingeln an den Hosen, Perlenschmuck und Adlerfedern im noch rabenschwarzen Haar, sitzt der Indianerhäuptling in seinem Hotelzimmer. Man möchte fragen: "Wo ist der Skalp?" Denn es wäre keineswegs zu erraten, dass dieser Fürst der Wildnis 108 Jahre alt ist, geboren im Jahre des Manitu 1822! Er ist heute der geistige Führer von 60 000 Vollblut- und 3 Millionen Halbblutindianern, und damit er sein einzigartiges und unschätzbares Wissen nicht eines Tages mit ins Grab nehme, hat er noch im vorigen Jahr ein Buch herausgegeben, das seine Lebenserinnerungen enthält. "Wir Indianer", heisst es, und ist, wie Kulturpolitiker versichern, eines der wertvollsten Dokumente über indianische Kulturen und Rassen. Dieser Mann hat blutenden Herzens machtlos mit ansehen müssen, wie die Zivilisation aus seinen Brüdern in ihrem eigenem Lande heimatlose, reglose, unfreie und -beraubt ihrer Wälder - auch kranke Menschen gemacht hat, die heute in ein paar abgegrenzten, kaum noch ertragreichen Einöden hausen müssen. Da hat er nun eingegriffen: seine Schöpfung, die Indianerstadt Ramona Indian Village in Kalifornien, konnte kürzlich vollendet und soll wenigstens einen Teil von dem bewahren, was noch zu retten ist.

Gewerkschaftliche Rundschau

Werkmeistertagung in Breslau.

SPD. Der Deutsche Werkmeisterverband hielt dieser Tage in Breslau seinen Verbandstag ab. Der Verband konnte, wie aus dem Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Buschmann hervorging, in den letzten zwei Jahren seinen Mitgliederbestand von 130 000 Köpfen aufrechterhalten, was angesichts der grossen Arbeitslosigkeit als Erfolg gebucht werden kann.

Die deutsche Wirtschaft, betonte Buschmann, umfasse 220 000 Werkmeister, Der Verband müsse also noch rund 90 000 gewinnen. Im Durchschnitt würden monatlich 600 Neuaufnahmen getätigt. Der Rechtsschutz des Verbandes habe den Mitgliedern 1928 insgesamt Beträge von 1,2 Millionen und 1929 rund 1,25 Millionen erstritten. Erfolgreich sei auch die Tarifarbeit des Verbandes gewesen. In den letzten zwei Jahren seien rund 18 neue Abschlüsse vorgenommen worden; sie hätten eine Gehaltserhöhung von 5 - 6% gebracht. Der Realtwert des Friedensgehaltes sei allerdings noch immer nicht erreicht. Umso bedenklicher seien die Versuche der Unternehmer, unter Androhung von Stillegungen einen Gehalts- und Lohnabbau zu erzwingen.

Buschmann streifte auch die sozialpolitischen Probleme. Er kritisierte die Leistungen der Angestelltenversicherung, die trotz gewaltiger Reserven, viel zu gering seien. Die durchschnittliche Rente betrage heute monatlich 63 Mark. Das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte habe Ende 1929 1,3 Milliarden betragen. "Wir verlangen vom Reichstag", erklärte Buschmann, "dass er die längst fällige Erhöhung des Steigerungssatzes vornimmt, wobei wir an unserer alten Forderung auf Erhöhung dieses Stazes auf 20% festhalten". Ein trauriges Kapitel nannte Buschmann die Haltung des Reichsversicherungsamtes in der Frage der Angestellteneigenschaft der Werkmeister. Diese Behörde unterstütze die Unternehmer in ihrem Versuch, möglichst viele Werkmeister in das Arbeiterverhältnis zurückzusetzen.

Den Kassenbericht erstattete der Verbandskassierer Gustav Schnöring. Die Gesamteinnahmen des Verbandes 1928 betragen 6 334 433 Mark. Unterstützungen wurden gezahlt 2 515 465 Mark. Im Jahre 1929 betragen die Gesamteinnahmen 6 637 127 Mark. Unterstützungen wurden gezahlt 2 864 755 Mark. Das Vermögen des Verbandes betrug Ende 1929 5 324 575 Mark - auf den Kopf der Mitglieder 41 Mark. Aus der Inflation hatte der Verband seinerzeit nur 200 000 Mark errettet.

Reichstagsabgeordneter Heinig, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Verbandes, beleuchtete die Unzulänglichkeit der Regierungskunst des Kabinetts Brüning. Ihr Generalrezept bestehe in Preisermässigung durch Lohnsenkung. Die Auswirkung der Lohnkürzung auf den Preis werde Monate dauern oder überhaupt ausbleiben, während die Löhne und Gehälter schon seit Jahren dauernd abgebaut worden seien. Darüber sage leider keine Statistik etwas, weil sie nur den Tariflohn kenne. Beim Arbeitnehmereinkommen mache aber die nicht tariflich geregelte Zulage im Verhältnis zum Tariflohn einen immer grösseren Teil aus. Die Verhandlungen, die zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über die Lohn- und Preisfrage geführt worden seien, bedeuten nichts anderes als den Versuch einer politischen Entlastungsoffensive für die Regierung Brüning. Dafür seien aber die Gewerkschaften nicht da. Schwere Kämpfe stünden bevor, in denen der Werkmeister zusammen mit der übrigen Arbeitnehmerschaft eine kräftige Widerstandsfront formieren müsse.

Ueber "Neue soziale und wirtschaftliche Probleme der Werkmeister" sprach der Verbandsvorsitzende Buschmann. Er wies darauf hin, dass durch die Rationali-

sierung der Denkprozess, der das vorbereitende Stadium der Arbeit ausmache, vom eigentlichen Arbeitsprozess räumlich und personell getrennt worden sei. Der Denkprozess bedürfe aber ebenfalls des Praktikers. Der Werkmeister habe deshalb seinen Platz auch im Arbeitsbüro und nicht nur in der Werkstatt. Um sich im Arbeitsbüro behaupten zu können, müsse der Werkmeister sich fachlich schulen. Buschmann schilderte im Anschluss an diesen Gedankengang eingehend das Werkmeisterbildungsproblem, Ueberarbeit, Sonntagsarbeit und verschieden die Werkmeister berührende Fragen den Arbeitsschutzgesetzes.

Das auf der Tagung angenommene Soziale Programm des Verbandes wurde von Müller vom Verbandsvorstand und von den Abteilungsleitern Kroll, Geisselbrecht, Rosemann und Dr. Croner begründet. Dabei ging Croner auf das Arbeitslosenproblem näher ein. Die Wurzel des Übels sieht er in dem Zusammentreffen zwischen Rationalisierung und Monopolkapitalismus. Rationalisierung habe es auch früher schon im Kapitalismus gegeben, sie sei aber stets mit einer Preissenkung verbunden gewesen, die heute der Monopolkapitalismus verhindere. Die heutige Wirtschaft sei bereits zum Feind aller Arbeitenden geworden.

Die sozialen und wirtschaftspolitischen Ausführungen fanden ihren Niederschlag in fünf einstimmig angenommenen Entschliessungen zur Angestelltenversicherung, zur neuen Stellung des Werkmeisters im Arbeitsprozess, zur Arbeitslosenversicherung und Wirtschaftslage, sowie zum Arbeitsschutzgesetz.

Der Verband erhielt durch einen besonderen Beschluss der Tagung eine Neueinteilung, die sich den Grenzen der Landesarbeitsämter anpassen wird. Der Verbandsbeitrag wurde von 4,50 auf 5.- Mark erhöht. Von der Erhöhung sollen 1 Mark zum Ausbau der Invalidenunterstützung und 50 Pfennig zur Verbesserung der übrigen gewerkschaftlichen Unterstützungen Verwendung finden. Die bisherige Invalidenunterstützung wurde erhöht. Am 1. Januar des kommenden Jahres erhalten die invaliden Mitglieder je nach der Zahl der geleisteten Regelbeiträge pro Jahr 120, 150 und 180 Mark. Ab 1. Januar 1936 wird der höchste Satz der Invalidenunterstützung auf 360 Mark pro Jahr erhöht. - Der bisherige Verbandsvorsitzende Buschmann wurde einstimmig wiedergewählt.

SPD. Am kommenden Montag beginnt in Magdeburg der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher. Der Zentralverband kann in diesem Jahr eine 70. Jubiläum feiern. Am 1. Mai waren es 30 Jahre, seitdem Josef Simon die Führung des Verbandes übernommen hat. Mit der Uebernahme der Verbandsleitung durch Simon hat die Bewegung der freiorganisierten Schuhmacher ihren eigentlichen Aufstieg genommen.

SPD. Der Berliner Verbandstag der Musiker beschloss am Freitag die Erhöhung der Beiträge. Einstimmig trat der dem Antrag des Vorstandes bei, wonach der Beitrag der Klasse I von 1 Mark auf 1,20 Mark erhöht werden soll. Der bisherige Beitrag der Klasse III wurde mit 26 von insgesamt 37 Stimmen von 50 auf 70 Pfennig erhöht; dabei wurde die Beitragsklasse III zur Beitragsklasse II gemacht. Die Einführung der Invalidenunterstützung verschob der Verbandstag bis zur nächsten Tagung. Die Streik- und Gemassregeltenunterstützung in der Beitragsklasse I beträgt künftig statt 14 Mark wöchentlich 21 Mark, oder 3 Mark täglich; in der neuen Beitragsklasse II beträgt sie 12,25 Mark pro Woche. Auch in der Bestattungsbeihilfe und Krankenhilfe wurden der Beitragserhöhung entsprechende Verbesserungen vorgenommen.

SPD. Die Rationalisierung der Textilindustrie wurde auf dem Stuttgarter Verbandstag der Textilarbeiter in sehr ausgiebiger Weise erörtert. Das Vorstandsmitglied Rödel beleuchtete ausführlich die produktionstechnische und be-

triebswirtschaftliche Umstellung in der Textilindustrie. Immer mehr wachse die Zahl der voll automatisch betriebenen Webstühle. In Deutschland gebe es zur Zeit 22 000; mehr als die Hälfte davon würden in der süddeutschen Textilindustrie verwandt. Ein Weber müsse heute bis 24 Webstühle bedienen. Die weibliche Belegschaft nehme ab. In Ländern mit niedrigeren Löhnen habe die Rationalisierung in dieser Form keinen oder nur geringen Eingang gefunden. Deutschland verwende den automatischen Stuhl am meisten.

Aus der Aussprache ging hervor, dass der Verband in allen Bezirken teilweise recht erfolgreich die Schädigungen der raschen Technisierung auszugleichen vermöchte. Der Verbandstag forderte in einer zur Rationalisierungsfrage angenommenen Entschliessung 1. eine dem Umfang der durch die Rationalisierung herbeigeführten Produktionserhöhung entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit, 2. die Schaffung ausreichender Unterstützungseinrichtungen, soweit Entlassungen und vorübergehende Arbeitslosigkeit nicht vermieden werden können, 3. Erhöhung des Arbeitslohns entsprechend der Mehrbelastung der Arbeiter, 4. Bekämpfung jeder sogenannten Rationalisierung, die nur in vermehrter Belastung von Körper und Geist der Arbeiter bestehe, und entscheidendes Mitwirkungsrecht der zuständigen Arbeiterorganisationen bei Festsetzung der Grenzen der zulässigen Belastung, bezw. der Zahl der zu bedienenden Maschineneinheiten.

SPD. Der Verband der ungelernten Arbeiter Dänemarks hat den Transportunternehmern einen Streik angedroht, falls sie nicht noch in letzter Stunde einlenken. Die Ursache der Streikandrohung liegt in dem völlig negativen Verlauf der Lohn- und Manteltarifverhandlungen. Für die Streikbewegung kommen die Hafen- und Lagerarbeiter, Kutscher und Chauffeure in Frage. Der Export landwirtschaftlicher Produkte wird vom Streik nicht berührt werden.

SPD. Im niederländischen Buchdruckereigewerbe herrscht Konfliktstimmung. Auf dem Verbandstag des Buchdruckerverbandes, der soeben in Amsterdam stattfand, hat der Vorsitzende Van de Wal daraufhingewiesen, dass ein offener Konflikt nicht ausgeschlossen sei. Die grundsätzliche Streifrage bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen sei die Verringerung der Zahl der Ortsklassen. Die finanzielle Position des Verbandes sei stark. Für die Buchdruckerpensionskasse seien bereits 413 000 Gulden aufgebracht worden, sodass das erforderliche Kapital in Höhe von 750 000 Gulden binnen Jahresfrist vorhanden sein könne. Der Verbandstag hat sich grundsätzlich gegen die Nacharbeit im graphischen Gewerbe ausgesprochen.

SPD. Der Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe bleibt ein Jahr weiter in Geltung. Zentralkommission und Vorstand und Beirat des Verbandes der Lithographen und Steindrucker haben in voller Uebereinstimmung beschlossen, angesichts der Lage des Gewerbes in diesem Jahre von einer Tarifikündigung abzusehen, obwohl eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Neuregelung des Lehrlingswesens dringend notwendig wäre.

SPD. Ein freigewerkschaftliches Jugendtreffen findet am 21. und 22. Juni in Köln statt. Das Programm ist bunt und vielversprechend: Fackelzug durch Köln, Rheinfahrt nach Königswinter und Besteigung des Drachenfels.



Reichstag und Ostprogramm

(Die ungenügende finanzielle Klärung.)

SPD. Am Montag und Dienstag soll der Reichstag im Rahmen der zweiten Lesung des Etats des Ernährungsministeriums auch die erste Lesung des Ostprogramms vornehmen. Dieses Programm stellt so, wie es dem Reichstag zugegangen ist, eine unübersichtliche Sammlung verschiedenartiger Subventionsvorschläge dar, die keineswegs der Landwirtschaft allein und noch weniger allein dem deutschen Osten zugute kommen. Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes und seiner einzelnen Teile sind durchweg so gefasst, dass sie eine Ermächtigung an die Reichsregierung bedeuten, zu tun, was ihr beliebt. Die Entscheidung, die im Reichstag über die Annahme oder Ablehnung des Ostprogramms fällt, wird darum rein politisch sein. Bei dieser politischen Entscheidung wird man sich vor allem von dem Gesichtspunkt leiten lassen müssen, dass das Ostprogramm eine so grosse Anzahl unbekannter Faktoren auf politischem, wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet in sich birgt, dass seine Annahme bei der augenblicklichen Finanzkrisis fast unverantwortlich erscheint.

Die unbekanntenen Grössen des Programms liegen gar nicht in erster Linie in seinem landwirtschaftlichen Teil - hier sind wenigstens im allgemeinen die Summen bekannt, um die es gehen wird -, sondern in dem Teil des Programms, der der Lastensenkung und der Förderung sonstiger Zwecke gewidmet ist. Hier sollen Reichsmittel zur Milderung der Realsteuerbelastung, zur Frachterleichterung, zur Senkung der Schaiffahrtsausgaben auf dem Königsberger Seekanal, aber auch allgemein zur Behebung der besonderen Notlage auf wirtschaftlichem, gewerblichem, gesundheitlichem, sozialem und kulturellem Gebiet bereitgestellt werden, ohne dass auch nur im entferntesten davon die Rede ist, wieviele Massnahmen kosten und woher die Mittel beschafft werden könnten. Soweit der landwirtschaftliche Teil des Ostprogramms in Betracht kommt, sind bei den einzeln bezifferten Ausgaben für Siedlung, für Umschuldung, für Betriebssicherung und für den Vollstreckungsschutz jedes Mal noch zusätzliche Subventionen vorgesehen, bei denen ebenfalls nicht die durch sie hervorgerufene finanzielle Belastung angegeben wird.

Die Regierung Brüning fordert unter der Bezeichnung Ostprogramm die Ermächtigung zu Ausgaben, die nach ihren eigenen Angaben im Laufe der nächsten Jahre über 1 Milliarde Mark betragen, die aber in Wirklichkeit weit grösser sein müssen, wenn die Reichsregierung alle Versprechungen erfüllt und alle Ermächtigungen ausschöpft, für die eine zahlenmässige Belastung des Reichshaushalts im Ostprogramm überhaupt nicht angegeben ist. Ueber die Notwendigkeit der Bereitstellung von Mitteln zur finanziellen Sicherung der östlichen Grenzgebiete Deutschlands lässt sich durchaus reden. Die Sozialdemokratie hat während ihrer Zugehörigkeit zur grossen Koalition praktisch bewiesen, dass sie bereit ist, den sich hier ergebenden Erfordernissen Rechnung zu tragen. Aber die Sozialdemokratie hat sich bei ihrer Fürsorge für den Osten stets innerhalb der Grenzen gehalten, die durch Lage der Reichsfinanzen gegeben waren; sie hat weiter immer, wenn sie Mittel für derartige Subventionierungszwecke bewilligt hat, darauf geachtet, dass Kontrollen eingeschaltet wurden, die eine vernünftige und wirtschaftliche Verausgabung der Mittel sicherstellten. Das Ostprogramm der Regierung Brüning lässt diese Gesichtspunkte ausser acht. Dem Reiche

tag wird zugemutet, Massnahmen von ungeheurer Tragweite zu billigen, ohne über ihre politische und wirtschaftliche Durchführung im einzelnen unterrichtet zu sein.

SPD. Die Reichsbank hat am Freitag den Diskontsatz von $4\frac{1}{2}$ auf 4% und den Lombardsatz von $5\frac{1}{2}$ auf 5% heruntergesetzt. Seit der mit den amerikanischen Börsenkrachs im Herbst 1929 einsetzenden internationalen Zinsverbilligung hat die deutsche Reichsbank nun zum sechsten Mal eine Diskontsenkung vorgenommen. Damit ist der vor dem Kriege übliche Stand erreicht.

Reichsbankpräsident Dr. Luther begründete die Diskontsenkung wie folgt: "Seit der letzten Diskontsenkung der Reichsbank hat die nun schon so lange bestehende Flüssigkeit der wichtigeren Geldmärkte keine wesentliche Aenderung erfahren. Angesichts der fortwährenden Wirtschaftsdepression ist die Entwicklung teilweise sogar in der Richtung einer zunehmenden Verflüssigung weitergegangen und auch durch die inzwischen erfolgte Auflegung der Internationalen Anleihe kaum beeinflusst worden. Unter diesen Umständen hat die Zurückhaltung, welche die Reichsbank sich am 19. Mai 1930 bei Bemessung ihrer letzten Diskontsenkung auferlegen musste, nunmehr ihren Grund verloren. Wenn der Abstand von den Privatskontsätzen den Gedanken nahelegen konnte, mit der Diskontsenkung über $\frac{1}{2}\%$ hinaus zu gehen, so muss doch andererseits beachtet werden, dass - abgesehen von der soeben erfolgten Diskontsenkung in New York - schon durch die Verminderung des deutschen Diskonts um $\frac{1}{2}\%$ die seit längerer Zeit innegehaltene Spannung gegenüber den Diskontsätzen anderer wichtiger Geldmärkte herabgesetzt wird. So sehr die Reichsbank bestrebt ist, der deutschen Wirtschaft weitere Erleichterungen und Antriebe zu verschaffen und eine gesunde Auflockerung des Kapitalmarktes zu unterstützen, so hängt die Erholung der Wirtschaft doch auch von anderen starken Faktoren ab, die sich der Beeinflussung durch die Reichsbank entziehen."

Der Reichsbankpräsident bestätigt damit, dass die amtliche Geldpolitik die Zügel monatelang (zum Teil eine Folge des Regims Schacht!) am Boden schleifen liess. Die Reichsbank ist den Vorgängen auf den Geldmärkten und den grossen privaten Geldinstituten nachgelaufen. Es ist schon so, wie Dr. Luther sagt, dass die Erholung der Wirtschaft auch von anderen Faktoren abhängt. Eine rechtzeitige und gründliche Diskontsenkung hätte die eingetretenen Krisenverschärfungen mildern, abschwächen und zum Teil verhüten können. Auch mit der neuen Diskontsenkung von $\frac{1}{2}\%$ stellt der Reichsbankpräsident den Anschluss an den Geldmarkt nicht her. Die weitere Senkung des Diskontsatzes erscheint angesichts der Sätze auf den privaten Märkten unerlässlich.

SPD. Die Internationale Stickstoffkonferenz, die in Luxemburg tagte, setzte eine Kommission ein, die sich mit dem Projekt einer Drosselung der Stickstoffproduktion befassen soll. Von England, Deutschland und Norwegen wird eine Herabsetzung der Produktion um 50% gefordert. Die Forderungen stossen auf den Widerstand Frankreichs. Frankreich macht geltend, dass es bei seiner gegenwärtigen Produktion nicht ganz die Hälfte des französischen Bedarfs an Stickstoff decken können. Die Aussicht, dass eine Einigung über die Produktionsdrosselung zustande kommt, ist fürs erste gering.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlins: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin = 18 Pfennige ab 20. Juni. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,5 Pfennige je Liter, b) für molkereimässig verarbeitete Milch 1 - 2,25 Pfg. je Liter nach Massgabe der abgeschlossenen Verträge. Der vorhergehende Preis war 14 Pfg.

Börsenbericht.

(für die Woche vom 16. bis 21. Juni)

SPD. Berlin, den 21. Juni.

Auch die neue Geldverbilligung durch die Diskontsenkungen in New York und Berlin zum Wochenende konnte der Börse nicht mehr helfen. Die Verluste der vorangegangenen Tage waren zu stark, als dass eine einziges und dazu erfahrungsgemäss in der Krise ziemlich wirkungsloses günstiges Moment sie hätte ausgleichen können. Tatsächlich sind auch nur ganz minimale Erholungen erfolgt. Effektive Verluste von 15 bis 20 Punkten sind keine Seltenheit. Die Gründe für diese Börsenschwäche sind mannigfaltig, ausschlaggebend aber zwei: die politisch-etatsmässigen Schwierigkeiten und die eher noch wachsende Misstrauenswelle insbesondere des Auslandes gegenüber unserer Börsenpolitik.

Eines der am stärksten von der Schwäche betroffenen Papiere waren Reichsbankanteile. Entsprechend der Senkung des Diskontes um bis jetzt insgesamt 3% gegenüber dem Höchststande und der damit verbundenen Ermässigungen aller übrigen Zinssätze sind die Gewinne der Reichsbank stark gesunken, so dass man teilweise nicht an eine Aufrechterhaltung der 12%igen Dividende glaubt. Daher das Angebot, das den Kurs allein in der letzten Woche von 276,5 auf 260% heruntergedrückt hat.

Vor allem lagen zwei der ganz schweren, von der Spekulation bevorzugten Aktien sehr schwach: Salzdetfurth und Polyphonwerke. Der Kurs der Salzdetfurthaktien senkte sich von 394,5 bis auf 375,5. Er konnte sich allerdings bis auf 380% bessern, fiel dann aber wieder auf 377% zurück. Im Zusammenhang damit waren auch die übrigen Kaliaktien schwach. Aschersleben gaben von 214 auf 207,5 nach, Westeregeln sanken von 216,5 auf 208. Polyphonwerke, die die Vorwoche mit 252% geschlossen hatten, gaben auf 234 nach.

Auch am Elektromarkt gab es trotz aller optimistischen Vorträge auf der der Weltkraftkonferenz ansehnliche Verluste. Der Favorit Siemens gab von 239,25 bis auf 224,25 nach. Die international gehandelten Anteile der Compania Hispano (Chade) litten besonders unter der internationalen Börsenschwäche. Sie sanken von 331 auf 315 Mark und waren schliesslich mit 317,5 Mark nur geringfügig verbessert. AEG mussten von 159,75 auf 152,5% nachgeben und selbst die bisher immer stabilen Bergmannaktien sanken von 185,25 auf 177,5% und konnten sich nur bis 179,5% erholen.

I.G. Farben blieben keineswegs von der Abwärtsbewegung verschont. Ihr Kurs sank bei zeitweise recht beträchtlichem Angebot von 165,5 bis auf 156%. Die später eintretende Erholung auf 158,25% war bescheiden. Im gleichen Markt lagen Oberkoks schwach und zwar gaben sie von 103,5 bis 100% nach, konnten sich aber mit 103% fast voll wieder heraufarbeiten.

Spritaktien lagen beträchtlich niedriger, so gaben Ostwerke von 256 bis 239% nach und erholten sich mit 242% nur wenig. Schultheiss sanken von 308 auf 288,5%, waren aber mit 293,5% später wieder fester; es bleibt aber noch ein Verlust von 14,5 Punkten übrig. Die Kunstseidenaktien bewegen sich nur noch unter pari und zwar Aku von 93 bis 86,5% und dann wieder auf 90% und Bemberg von 107,75 auf 99%.

Einigermassen gehalten wurden die Montanpapiere, die allerdings ohnehin schon niedrige Kurse aufwiesen. Vereinigte Stahlwerke bewegten sich zwischen 91,5 und 89,5%, Phönix zwischen 92,75 und 89,75%, dagegen waren Hoesch mit 95 nach 102% sieben Punkte und Buderus zeitweise mit 70,5 gegen 74,5% um 4 Punkte schwächer.

Als sehr schwach sind schliesslich noch von den Warenhauswerten die Karstadtaktien hervorzuheben, die von 123 auf 110% zurückgefallen sind. Leonhard Tietz waren dagegen mit 150 nach 155% besser gehalten. Am Schiffahrtmarkt sanken Hapag von 109,5 bis 103,5% (später 104,5%) und Norddeutsche Lloyd von 110,5 auf 104,75%.

Höhere Forderungen für neuen Roggen,

(Berliner Getreidebörse vom 20. Juni)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse zeigten sich am Freitag bei sehr ruhigem Geschäft nur geringfügige Preisveränderungen. Im Handel mit effektiver Ware hatte sich das Roggenangebot vermindert, die Stützungen wurden jedoch noch fortgesetzt. Neuer Roggen war gleichfalls weniger angeboten, wobei die Forderungen zum grössten Teile erhöht sind. Da aber auch die Käufer Zurückhaltung zeigten, war die Umsatzstätigkeit nur gering. Alter Weizen wurde etwas billiger offeriert, während neuer nur zu unveränderten Preisen erhältlich war. Aber auch hier blieb die Umsatzstätigkeit sehr eingeschränkt. Am Mehlmarkt hatte sich wenig verändert; in der Hauptsache fanden nur billige Roggenmehle Beachtung, die sehr knapp angeboten waren. Hafer hatte eine bemerkenswert feste Tendenz, da bei der anhaltenden Dürre hinsichtlich des Ausfalls der Ernte ernsthafte Befürchtungen gehegt werden.

	19. Juni	20. Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	301 - 305	301 - 305
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	167 - 182	168 - 184
Hafer	150 - 162	150 - 162
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,75 - 42,00	33,75 - 42,00
Roggenmehl	21,25 - 24,50	21,50 - 24,50
Weizenkleie	7,60 - 8,10	7,60 - 8,10
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 297-296 (Vortag: 295½) September 262½-262 Brief (262), Oktober 263 (263). Roggen Juli 169½-169 (169½) September 173-172½ (173), Oktober 176-174½ (174½). Hafer Juli 168-166 (165), September 170-169 Brief (167), Oktober 172 (169).

Berliner Viehmarkt,

(20. Juni)

SPD. Der Schafmarkt, der sonst eine wenig wichtige Rolle spielt, war am Freitag anormal hoch (nach Angaben der Viehzentrale G.m.b.H. mit 11 000 Tieren) beschickt. Der Markt konnte auch nicht geräumt werden. (Ueberstand 3 000). Der Export nahm die Ware nur zu niedrigeren Preisen auf. So trat eine allgemeine Preisabschwächung ein. Besonders schwer verkäuflich waren fette Schafe. Auch auf dem Schweinemarkt gaben bei ruhigem Geschäft die Preise nach. Ueberstand verblieb auch auf dem Kälbermarkt, obwohl sich der Export am Geschäft, das lustlos und bei nachgebenden Preisen verlief, beteiligte. Auf dem Rindermarkt waren passende Tiere schnell vergriffen. Der Auftrieb entsprach ungefähr der Nachfrage. Ochsen gaben in allen Klassen nach. Färsen konnten mit einigen Ausnahmen die letzten Preise behaupten.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 43-48 (voriger Mark 45-48), b) 37-42 (38-44), c) 31-35 (32-36), d) 25-28 (25-30), Kälber: a) - (-), b) 63-70 (68-75), c) 55-62 (60-70), d) 40-50 (50-58), Schweine: a) (über 300 Pfd.) 53-55 (56-58), b) (240-300 Pfd.) 55-56 (56-59), c) (200-240 Pfd.) 56-58 (57-61), d) (160-200 Pfd.) 56-58 (59-61), e) (120-160 Pfd.) 56-57 (59-60), f) (unter 120 Pfd.) - (-) g) (Sauen) 49 (51).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 20. Juni 1930.

Sonnenwende im Urwald.^x

SPD. Ausgedorrt von der Arbeit in den heissen Tälern der Rocky Mountains paddelten wir an einem lauen Juniabend auf einem flinken Kanadier hinaus auf den Okanagan Lake. Vergessen war das Schuften in den staubigen Gärten, das Antreiben des schimpfenden Bosses. In herrlicher Schönheit umfing uns die Nacht des wilden Westens. Oelig glitt das Wasser an den Seiten des Bootes vorbei. Kein Windhauch war zu spüren. In dem leichten Blau einer heiler Sternennacht lag vor uns die langgestreckte Silhouette der fernen Schneeberge.

"Halte nach rechts zu, in der Richtung der Indianerreservation", sagte Jonny, mein englischer Arbeitskollege, als wir uns zunächst planlos treiben liessen. "Ich habe verdammt Lust, heute Abend den Rothäuten mal einen Besuch abzustatten". Begeistert stimmte ich diesem Gedanken zu, und mit schnellen Ruderschlägen näherten wir uns der nur einige Meilen entfernten Ansiedlung der Indianer auf einer langgestreckten Halbinsel. An einer einsamen Bucht legten wir an und warteten zunächst, bis etwas Ruhe in den Holzhütten herrschte und wir vereinzelt verummte Gestalten nach dem grossen Feuer marschieren sahen, das in der Mitte des Lagers vor dem Hause des Häuptlings brannte. Dort hin machten wir uns dann ebenfalls auf und hielten uns natürlich ungesehen im Hintergrund, um die Geschichte nicht zu stören. Da sahen wir von unserm Versteck aus das folgende Schauspiel:

Immer mehr unerkennbare Schatten tauchten im Umriss der Flammen auf, breiteten ihre bunten Decken aus und rauchten still sitzend ihre Pfeife. Bis ein alter, bärtiger, runzliger Mann in den Glanz des Feuers trat und in uns unverständlichen Worten scheinbar Ruhe gebot, denn sofort hörte auch das leise Gemurmel auf, das vorher durch die Reihen gegangen war. Dann traten immer mehr Männer vor und redeten aufeinander ein. Scheinbar galt es, irgendeinen Streit zu schlichten, denn in lebhaften Gesten sah man zwei einander entgegengesetzte Gruppen um den Vorrang streiten, in dem allgemeinen Getöse Sieger zu bleiben. Das Ganze berührte uns wenig. Enttäuscht darüber, dass auch die Rothäute am Lagerfeuer scheinbar nur noch eine Art Gemeindefest abhalten wollten, wollten wir uns schon davonmachen, als wir plötzlich einen Weissen hinzutreten sahen. Bei näherem Zusehen erkannten wir in ihm jenen sonderbaren Kauz, der schon mehrere Male im See das menschenfressende Ungeheuer gesehen haben wollte, von dem die Indianer erzählen, dass es die - wahrscheinlich durch Ertrinken verschwundenen - Menschen verschlungen haben soll.

Nun wird die ganze Sache klar und interessant, denn allem Anscheine nach sind wir gerade in eine Zusammenkunft geraten, auf der man wieder einmal darüber beraten will, wie man diesem unheimlichen fischähnlichen Tiere zu Leibe gehen kann. Schon hören wir die englischen Worte unsres "Stammbruders": "Die Bürger des nahen Städtchens P. haben sich zu einem Klub der Bekämpfer des Ungeheuers zusammengeschlossen und werden nicht eher ruhen, bis das fürchterliche Geheimnis aufgedeckt ist". Lebhafter Beifall folgt diesen Worten. Doch scheinbar sind die abergläubischen Indianer mit diesem Bekenntnis zur Tat nicht ganz zufrieden, denn bisher ging ja noch der Streit, ob man das Vieh überhaupt schon gesehen hat. Wohl behaupteten das einige Fischer, doch von mehreren gemeinsam war es noch nie gesehen worden. Was nutzte also aller menschlicher Mut, wenn das Ungeheuer sich überhaupt nicht zeigte!

Es blieb also nur die Anrufung der Götter, die Plage zu beseitigen. Darüber schienen sich die Anführer auch einig geworden zu sein, denn nach lebhafter Auseinandersetzung waren einige junge Leute in die Häuser gelaufen und kehrten nun mit allem möglichen Kram beladen zurück. Ein kleiner Miniaturtotem, Fischgestalten, Krüge und allerhand unverständliches Zeug wurden in die Flammen geworfen, die durch riesengrosse, dürre Zedernstämme zu mächtigen Lodern aufgeflammt waren. "Eine wunderschöne, aber grausige Sonnenwende" flüsterte ich meinem lauschenden Kameraden zu. Die Unheimlichkeit der Szene wurde noch grösser, als ein Bläser auf einer Holzpfeife die unmöglichsten Melodien zu spielen begann und der Kreis der herumstehenden Gestalten daraufhin zu tanzen und hüpfen anfang. Die Gesichter erschienen in dem Feuerglanz noch mehr in dem glänzenden Rot, das sie von Natur aus schon haben. Einem Europäer, der ohne Vorbereitung und Verständnis der Sache vor dieses Bild gestellt worden wäre, hätte wahrscheinlich die Haare zu Berge gestanden, und er hätte wohl geglaubt, es handelt sich mindestens um die Verbrennung eines lebendigen Menschen. Dabei war die Triebkraft dieses Feuerzaubers die natürliche Angst der Naturmenschen vor einem angeblichen Ungetüm, das selbst die Weissen erschreckte.

Ohne jeden Übergang hörten plötzlich die Beschwörungen auf. Die Indianer zogen sich in ihre Hütten zurück, Nur eine Wache blieb an dem immer noch meterhohen Feuer sitzen.

So kehrten auch wir nach unserm Boote zurück. Beim Anblick der schwarzen, rollenden Wogen wurde auch uns unheimlich zu Mute. Sollte es tatsächlich ein fischähnliches Tier geben, das die spurlos verschwundenen Menschen verschlungen hat? Der See war immerhin einige hundert Meilen lang und seine Tiefe bisher überhaupt noch nicht ausgemessen. Früher bestand wohl auch eine direkte Verbindung mit dem Ozean. Warum sollte sich da nicht ein solches Vieh aus der Urzeit erhalten haben? Diese Gedanken gingen uns wohl Beiden durch den Kopf, als wir instinktiv am Ufer stehen blieben und hinaus auf das unüberblickbare Wasser schauten. Aber schliesslich wollte keiner den andern seine Schwäche merken lassen, und zitternd schoben wir das Boot ins Wasser. Sofort ruderten wir beide wie wild darauf los, um unsre Gedanken zu betäuben und so bald als möglich zu Hause anzukommen.

In ruhigen, langen Wellen spülte das Wasser ans Ufer. Deutlich merkte ich den Ruck im Boote, als ein Stück des Wellenkamms durch das Feuer am Ufer in rötlichem Scheine aufblitzte, und ein erlösender Seufzer kroch aus dem Munde meines ebenso tapferen Kameraden, als die Spiegelung sich wieder zerschlug.

"Aber was ist das?" hauchte mir Jonny zu und deutete auf ein schwarzes langes Etwas, das in einiger Entfernung auf dem Wasser schwamm und sich uns näherte. Zunächst dachten wir an Auskneifen. Aber sicher war die Geschwindigkeit des Ungeheuers grösser, und von hinten könnte es uns mühelos überrumpeln. Also mutig heran!

Wie erstaunen wir, als plötzlich eine menschliche Stimme ertönt und uns zuruft: "Ich dachte schon, ich hätte das Ungeheuer." Als wir näher kommen, erkennen wir den Mann, der vorhin bei den Indianern die Verfolgung des Untiers propagiert hatte. Offensichtlich ging er darauf aus, in Nacht und Nebel seine Heldentaten zu vollführen, und hatte uns dabei einen solchen Schrecken eingejagt.

Es gibt noch Wunder, doch leider sind sie allzu menschlich.

Karl Moeller.

SPD, Nur nach den fruchttragenden Bäumen wirft man mit Steinen;
Orientalisches Sprichwort,

SPD, Der Tod ist ein schwarzes Kamel, das sich vor jeder Tür niederlässt.
Orientalisches Sprichwort.

Die Confessio Augustana.

SPD. Die lutherische Kirche steht vor einem grossen Jubiläumsfest: in den Nachmittagsstunden des 25. Juni sind vier volle Jahrhunderte verstrichen, seitdem die Confessio Augustana, das Augsburger Bekenntnis, der Öffentlichkeit übergeben wurde, das als eine der wesentlichsten Grundlagen des evangelischen Glaubens gilt.

Nachdem 1521 der Reichstag zu Worms den Neuerer und Eiferer Martinus Luther als "den bösen Feind in Menschengestalt" mit Acht und Bann bedacht hatte, war die von ihm entfesselte Bewegung, weil nicht nur aus religiösen, sondern auch aus nationalen, sozialen und politischen Quellen genährt, mächtig in die Breite und in die Tiefe gegangen. Vergeblich schärfte 1524 der Nürnberger Reichstag Aufrechterhaltung und Ausführung des Wormser Edikts ein. Zwei Jahre später musste der Speyrer Reichstag der neuen Lehre widerwillig und unter der Hand Spielraum lassen, und als der zweite Reichstag zu Speyer 1529 Deutschland wieder bis zur ordnungsmässigen Regelung der strittigen Fragen durch ein Konzil auf das alte Kirchenwesen festlegen wollte, erhoben die zu Luther stehenden Fürsten, darunter der Kurfürst von Sachsen, der Landgraf von Hessen, der Markgraf von Brandenburg, samt etlichen freien Reichsstädten einen feierlichen Protest; daher der Name Protestanten.

Um diese ärgerlichen politischen Händel zu schlichten, zu denen sich das ursprüngliche "Mönchsgezänk" ausgewachsen hatte, berief Kaiser Karl V. für den 8. April 1530 nach Augsburg, der reichen Handelsstadt der Fugger und Welser, einen neuen Reichstag, der aber erst am 20. Juni seine Sitzungen begann. Der Habsburger, seit neun Jahren zum erstenmale wieder in Deutschland, fühlte sich stärker denn je; da er inzwischen den Franzosenkönig geschlagen und den Papst gekirrt hatte. Aber wirklich stark fühlte er sich deshalb immer noch nicht. Er war gründlich ausgebeutelt; die dräuende Türkengefahr wies ihn auf die Hülfe auch der evangelischen Reichsstände hin, und allzu viel zu sager hatte der Kaiser neben den täglich üppiger werdenden Landesfürsten überhaupt nicht. Innerlich war er fest entschlossen, dem römischen Glauben, ohne den er weder in Spanien noch in den österreichischen Erblanden bestehen konnte, zum Triumph zu verhelfen, aber der Einflüsterung des päpstlichen Legaten, es auch in Deutschland mit der heiligen Inquisition zu versuchen, begegnete er doch mit erheblichen Weifeln. So sass er am 25. Juni geduldig im Augsburger Rathause, vor sich die lateinische Uebersetzung der 28 Artikel, die der kursächsische Kanzler Dr. Beyer auf Deutsch verlas, und liess nachdenklich die Unterlippe hängen.

Aber auch auf der anderen Seite trat man in Filzschuhen auf. Luther selbst, noch in der Reichsacht, weilte unter dem Schutze seines Landesherrn, des Kurfürsten Johann des Beständigen von Sachsen, der wirklich im Humpenschwingen ausserordentlich beständig war, auf der Feste Coburg. Im Garten unter seinem Fenster gewahrte der Gottesmann hier Satans in Gestalt eines züngelnden Lichtstreifens und machte sich Gedanken über eine Schar Dämonen, die, sicheren Berichten nach, zu Beginn des Reichstages unter der Larve von Mönchen bei Speyer den Rhein überschritten hatten! Verfasser des "Bekenntnisses", das nur eine Rechtfertigungsschrift der Fürsten vor Kaiserlicher Majestät darstellte, war darum des Reformators Freund Melanchthon, den Luther selber wegen seiner Weichheit und Nachgiebigkeit der Leisetreterei bezichtigte. Aber Leisetreterei schien gerade hier am Platze zu sein. In Augsburg nichts von Luthers Trutzwort in Worms: "Hier stehe ich. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen!", sondern der peinliche Versuch, in grossen Dingen schlau zu sein, dem Kaiser und den katholischen Ständen gut zuzureden; alles sei ja halb so schlimm; zwischen den beiden Richtungen klafften ja gar keine unüberbrückbaren Unterschiede, und man solle sich doch vertragen.

Den Geist fauler Kompromissucht offenbarte auch das Augsburger Bekenntnis.

das wesentliche Teile des lutherischen Dogmas, wie die Ablehnung der päpstlichen Oberhoheit, die Verwerfung des Ablasses und die Legung des Fegfeuers unter den Tisch fallen liess, andere Punkte katholisch frisierte und am Ende nur das Abendmahl in beiderlei Gestalt, die Gestattung der Priesterehe und die Abschaffung des Beichtzwanges verlangte. Wie die lutherische Lehre schon drauf und dran war, aus einer frischen Glaubens- und Liebesgemeinschaft zu einer sturen Landeskirche zu verknöchern, so begründete die Confessio Augustana, mit dem eben verstorbenen Adolf Harnack zu reden, "die Lehrkirche": "Sie hat recht eigentlich die Verengung der reformatorischen Bewegung verschuldet und ist ausserdem nicht ganz wahrhaftig."

Aber mochte Melanchthon noch so viel Wasser in den Wein schütten, sein Augsburger Bekenntnis überzeugte Karl V. umso weniger, als die Spaltung in der lutherischen Lehre durch die von Strassburg, Konstanz, Memmingen und Lindau überreichte Confessio Tetrapolitana oder Vierstädter Konfession offenkundig warf. Der Reichstagsabschied vom 22. November 1530 gab den Protestanten eine Schonfrist bis zum April des nächsten Jahres, verdammt aber unerbittlich ihre Ketzerei und ordnete die Wiederherstellung des alten Zustandes an - der Teufel hat, so klagte Luther, auf dem Reichstage gesiegt. Besonders ruchloses Teufelswerk dünkte die protestantischen Fürsten die Bestimmung, dass die Kirchen- und Klostergüter, die sie "säkularisiert", zu deutsch: eingesteckt, hatten, zurückzuerstatten seien. Und da seit der grausamen Niederwerfung der aufständigen Bauern anno 1525, zu der Luther seinen Segen gespendet hatte, die Bewegung immer mehr auf die Lösung der Territorialfürsten von der kaiserlichen Gewalt und auf ihre Bereicherung am Vermögen der Klerisei hinauslief, so fanden sich die kurfürstlichen, herzoglichen und landgräflichen Nutzniesser der Reformation im Schmalkaldner Bunde zusammen, um diese ihre Gewinnste und Vorrechte zu verteidigen, mit nichten aber um der Confessio Augustana willen.

Hermann Wendel.

Flug nach Stockholm.^x

SPD. Das Flugzeug windet sich in Tempelhof hoch, ist in 40 bis 45 Minuten in Stettin, auf dem Westlandflughafen bei Altdamm. Daneben, durch eine Chaussee getrennt, liegt der Wasserflughafen am Damm'schen See, der noch von einer Zukunft im internationalen nordischen Reiseflugverkehr träumt, aber schon heute blitzsauber aussieht. Schöne Wege, sanfte Rasenflächen, die Flugbedienungshallen, eine Montagehalle, Restaurants. Alles lieblich in eine Landschaft gebettet, die viele Wiesen zeigt und viele Wasserläufe, die irgendwie mit der Oder in Verbindung stehen.

Der Wasserflughafen liegt in einer schönen, stillen Bucht, mit weissem Strand, der in den Wiesenplan übergeht. Die ankommenden Wasserflieger aus dem Norden schmiegen sich in diesen weissen Sand. Die Kiele ihrer Flugboote gleiten auf ihnen hinauf. In kleinen Stichhäfen liegen Flugboote. Das Wasser umspült die stählernen Boote, die den Rumpf bilden. Darüber breitet sich die mächtige Tragfläche. In unserm Fall ist es der "Dornter Super Wal", dunkelgrau, anspruchslos, die Unterteile schwarz gestrichen. Blanke Luken, vier Motore über der Tragfläche, eine Oeffnung zum Einsteigen im Bug des Bootes, im Höchstfall 12 Passagiere, 4 Mann Besatzung: Pilot oder Flugkapitän in einem Kommandoturm zwischen den Motoren, 2 Monteure, 1 Funker. Von der grünen Flughafenwiese führt eine kleine Treppe auf das Deck durch die Luke ins Innere des Bootes. Bequeme Sessel, gute Aussicht durch die Lukenfenster nach beiden Seiten. Man richtet sich auf eine lange Fahrt ein. Denn wenn man aussteigt, soll's schon in Schweden sein, im Hafen der kleinen Küstenstadt Kalmar. Die Luke über uns

wird geschlossen. Ein Motorboot schleppt den Koloss aus seinem engen Hafen ins freie Wasser. Die Motore erheben ihr Brausen; es wird zu einem Dröhnen, das alles übertönt und die Welt zu erfüllen scheint. Das Boot rauscht über die Wasser zwischen den Wiesen dahin. Die Wellen vor den Luken werden zu Gischt. Dann gluckst es ein paar mal unten. Es stösst auf. Das Boot will sein gewohntes Element nicht gern verlassen; es haftet am Wasser beim Vorwärtsrasen. Noch ein paar Stösse, ein Schlag. Und dann ist man vom Wasser frei. Wir fliegen und sind schon über den Wiesen. Das Boot ist Flugzeug geworden. Unten wechselt die Bruchlandschaft der Odermündung. Wiesen, Wiesen, Kähne, ein paar Häuser, Kiefernwälder dem Strande zu. Nach zwanzig Minuten ist der Strand erreicht. Ueber Die-yenow träumen die Strandkörbe in glänzendem Sande. Das Flugzeug wirft seine schwarzen Schatten. Keine Menschen. Niemand an diesem Riesenstrande. Dann ein paar hundert Meter weiter - ist man auf offener See, die leicht und kurz ihre Wellen kräuselt.

Die Küste verschwindet langsam. Das Meer kommt uns immer näher, bis wir jede Welle erkennen können. Das kleine Fischerboot unter uns ist kein Spielzeug mehr; es präsentiert sich gleich in voller Grösse. Als wir seinen Bug verschwinden sehen, können wir die See mit Händen greifen. Sie ist unmittelbar unter uns. Die Kommandobrücke des kleinen Frachtdampfers, den wir gerade passieren, ist in gleicher Höhe mit unsern Augen. Wir fliegen drei bis vier Meter über der Meeresoberfläche. Jetzt sind's zwei Meter und jetzt nur noch einer. Die Maschine fliegt so ruhig, wie es ein D-Zug tun sollte, der eine einwandfreie Schienenlage hat. Nicht die geringste Erschütterung, kein Schwanken. Man geht durch das lange Boot und hat sich bald an den Zustand gewöhnt, in Meterhöhe über den Wellen zu fliegen. Das ist nicht zu vergleichen mit einem Flug über dem festen Land in 500 Meter Höhe. Es gibt keine Luftsäcke, keine Wirbel, keine Böen. In dieser Höhe über dem Wasserspiegel entstehen bei normalem Wetter keine Luftveränderungen, die das Fliegen in grosser Höhe für viele zur Qual machen. Ein Dampfer wäre bei diesem Seegang immerhin noch ein Schaukelstuhl. Das geht so drei Stunden. Man schläft zum brausenden Schlaflied der Motore, isst etwas und sieht, dass die ganze weite, blanke Ostsee zwischen Deutschland und Schweden nur von einem Dampfer durchpflügt wird, der seine Rauchfahne weithin in die Ferne schickt. Dann nähert sich die Küste Schwedens. Wiesen, Wälder. Es geht in einen breiten Sund zwischen dem schwedischen Festland und der Insel Oeland. Die Küstenlinien sind knapp zu erkennen. Schliesslich ist Kalmar erreicht, der einzige Landungspunkt auf der weiten Schwedenreise, gegenüber der Insel Oeland. Ein Renaissancedom und ein altes Schloss schicken Türmehoch. Alles stammt aus dem 13. Jahrhundert, als mit den Dänen hier noch munter Besitzkriege geführt wurden.

Ein bisschen Aussteigen, ein bisschen frische Luft, ein bisschen Knäcke-
brot, ein bisschen Kaffee und viel Kuchen. Ein bisschen Passkontrolle, und dann entlässt man uns wieder in unsern grauen Kahn. Die Propeller heben das alte Lied an, und wir fliegen zwischen Oeland und der schwedischen Küste. Rechts ein Felsen, der steil aus dem Meere ragt, sehr einsam, kaum bewachsen, weshalb er "Jungfrau" heisst. Dann in nördlicher Route auf Stockholm zu. Wasser, Wasser, wenige Schiffe, nur hin und wieder ein feiner Küstenstrich. Aber diesmal zerrissen, zerklüftet. Kleine und grosse Wälder. Grünflächen. Auf einmal beginnt das Meer lebendig zu werden. Wir steigen etwas höher. Winzige Flecken ragen aus dem Wasser. Manche ragen nicht, sind flache Punkte. Manche wagen sich gar nicht hervor. Die Wellen spülen darüber. Dann werden diese Inseln grösser. Es beginnt das Schärenggebiet. Ein Fels neben einem Felschen. Ein grösseres Schiff kann schon nicht mehr hindurch. Dann steht plötzlich auf einer dieser tausend Inseln ein Tännchen. Bald sind's zwei und drei; auf der nächster stehen schon drei ausgewachsene Tanne. Allmählich kommt eine Hundertschaft von Inseln; die hat schon ausgewachsene Wälder. Und dann kommt scheinbar Festland. Aber das ist auch noch kein Festland. Es stehen jedoch schon Häuser darauf; es sind schon Wiesen da. Schliesslich mehren sich die Wälder und die Häuser und die Menschen.

Zwischen den Wäldern tauchen Kühe auf, die Gras von den Wiesen rupfen. Autos tauchen auf, ohne die es kein Leben gibt, Und dann ist Stockholm da; Eine Stadt die aus dem Wasser geboren scheint, das sie umgibt und durchfließt. Eine seltsame, schöne und phantastische Stadt. Sie beherbergt zurzeit wohl die schönste Ausstellung, die es je auf der Welt gegeben hat. Dieses Stockholm kennt nur zwei Stunden Nacht, - um 1 Uhr ist es dort so hell wie bei uns um 5 Uhr morgens. 500 000 Einwohner zählt dieses Stockholm, das nur einen Schutzmann hat, der einen Revolver tragen darf. Die anderen haben einen Gürtel um und einen langen schönen Offiziersrock, mit goldenen Knöpfen. Sie sehen aus, wie man sich die Offiziere eines Generalstabes vorstellt. In dieser glücklichen Stadt, die keine Arbeitslosen kennt und keine Kriminalität, landete der "Super Wall" in einem verzwickten Schärengbiet, in seinem Flughafen Sindarönigen. Es war 9 Uhr abends, und es wurde noch tüchtig fotografiert.

Wir hatten den Flug von Stettin nach Stockholm in sechseinhalb Stunden mit einer Zwischenlandung zurückgelegt, weil sich der Wind uns entgegenstellte. Auf dem Rückwege sollten wir mit einem Umweg über Bornholm nur $3\frac{1}{2}$ Stunden gebrauchen. Fritz Karstädt.

Das Beschwerdebuch, x

SPD. Die Moskauer "Krasnaja Gaseta" (Rote Zeitung) bringt den nachfolgenden wörtlichen Auszug aus dem Beschwerdebuch einer Arbeiterspeisehalle in Leningrad:

"Genosse Verwalter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ich in der verabreichten Erbsensuppe einen Bindfaden von 10 Gramm Länge gefunden habe."

J., Student der Bergbaufakultät.

"Ihre Klage ist unbegründet, da unsre Meinungen bezüglich der Schätzung des gefundenen Gegenstandes auseinandergehen. Ihrer Ansicht nach ist es ein Bindfaden, nach meiner jedoch eine Faser der Erbsenhülsen. Zudem haben Sie ganz nebelhafte Vorstellungen vom metrischen System. Ein 10 Gramm langer Bindfaden würde so viel Raum einnehmen, dass kein Platz übrig bliebe für die Erbsen. Sie aber haben augenscheinlich den 10 Gramm langen Bindfaden erst entdeckt, als die Erbsen verzehrt waren." Verwalter Bartschik.

"Ich bitte auf die Qualität der zur Ausgabe gelandenden Kartoffeln zu achten. Sie waren heute vollkommen faul, sodass ich hungrig wieder fortgehe."

Student N.,

Antwort: "Ihre Beanstandung ist bedeutungslos, da die Kartoffeln im Zusammenhang mit dem Klima, in dem sie wachsen, ganz verschieden ausfallen. Die verabfolgten Kartoffeln waren sogenannte Homelsche, die von Natur schwarz sind und demnach leicht faul erscheinen."

Eine Anzahl Studenten führt in dem Buhe Beschwerde darüber, dass Ihnen übel riechende Fischkoteletts gereicht würden, und zwar des öftern.

Antwort: "Genosse Tschernoff: die an Sie verabfolgten Fischkoteletts waren keineswegs verdorben. Der Geruch ist diesem Fisch eigentümlich und in heissem Zustande besonders spürbar. Da er Ihr Missfallen erregt hat, so ist er durch einen andern ersetzt worden."

"Ich habe heute als zweiten Gang ein Beefsteak mit Nudeln erhalten, in denen sich ein Haar von fast $1/4$ Meter Länge fand."

Arbeiterin K.,

Antwort:

"Ich bin der Meinung, es ist vom hygienischen Standpunkt aus unerwünscht, dass genannte Dinge in genanntem Umfange ins Essen geraten. Ohne Zweifel ist ein Teller mit Beefsteak kein passender Ort für Ihr Haar".

Made. "Ich fand in der Mossbeerenschüssel eine Schwabe und im Compott - eine

Antwort:

"Gewiss tragen eine Made im Compott und eine Schwabe in der Schüssel nicht dazu bei, die Appetitlichkeit der verabfolgten Speisen zu erhöhen. Trotzdem kann eine Made im Compotte wohl vorkommen, da es kein Mittel gibt, eine solche aus einer Frucht zu vertreiben. Was die Schwabe in der Schüssel angeht, so war es eine Fliege, deren es wirklich welche in der Speisehalle gibt. Obgleich Sie zu zweien waren, hat Ihre Phantasie eine Schwabe daraus gemacht."

SPD. Aufrichtiger Glückwunsch.^x Professor B. hatte am Anschlagbrette der Wiener Universität einen Zettel mit den Worten angeheftet: "Ich bin zum Leibarzt Seiner Majestät des Kaisers Franz ernannt worden. Professor B." Irgendein Student schrieb mit Rotstift darunter: "Gott erhalte Franz, den Kaiser....!"

SPD. Käse als Volksnahrungsmittel.^x Die Weltumsätze in Käse sind von der Zeit vor dem Kriege bis heute gestiegen von 2,5 Millionen Doppelzentnern auf 3,3 Millionen. Eine besondere Zunahme zeigt die Käseausfuhr aus den Niederlanden und Neuseeland, die gegenwärtig fast die Hälfte der Gesamtexportmenge der Welt liefern. Die Hauptmenge der Einfuhr entfällt auf England mit 47 %. Dann folgen Deutschland mit 19 %, die Vereinigten Staaten mit 10 % und Frankreich und Belgien mit je 5 %. Zurückgegangen ist gegenüber der Vorkriegszeit die Ausfuhr aus Kanada und der Schweiz (!).

SPD. Honorar für Rechtsbelehrung.^x Der Schauspieler Max Pallenberg fragte einen bekannten Berliner Rechtsanwalt nach seiner Meinung über einen Prozess, der die Öffentlichkeit gerade sehr beschäftigte. "Meine Meinung?" sagte der Rechtsvertreter. "Aber gewöhnlich werde ich für das bezahlt, was ich weiss...." Pallenberg kratzte in seinem Portemonnaie. Zog ein Fünfzigpfennigstück hervor. Gab es dem Rechtsanwalt und sagte: "Hier, Sie kleiner Jurisprudenzler, sind fünfzig Pfennig. Sagen Sie mir alles, was Sie wissen, und geben Sie mir das übrige heraus!...."

SPD. Vom Sport zum Theater.^x Der Pariser Schriftsteller Feydeau hatte die Redaktion des Sportteils einer Tageszeitung übernommen. Von Sport hatte er keine Ahnung. Eines Tages konnte man in dem Blatt unter der Überschrift: "Unsere Voraussagen für das heutige Rennen" lesen: "Wegen zu grossen Stoffandranges müssen wir unsre Voraussagen für das heutige Rennen bis morgen zurückstellen". Am andern Tage war Feydeau seine Stelle los. Er wurde dann der erfolgreiche und berühmte Lustspielautor.

Deutscher Reichstag

179. Sitzung vom 20. Juni, 12 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete.

Abg. Ullrich (Soz)

führt aus, die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der reichseigenen Gebäude im ehemals besetzten Gebiet seien recht unklar. Zur Verwaltung dieser Gebäude sei eine besondere Gesellschaft gebildet worden, die viel zu hohe Mieten verlange. Hier sollte die Reichsvermögensverwaltung im Benehmen mit den Mietervereinen eine gerechtere Regelung vornehmen.

Abg. Dr. v. Dryander (Dntl) weist darauf hin, dass die diesjährige Etatsberatung im Zeichen der Räumung stehe, die gewiss ein grosser Fortschritt sei, gemessen an der Geschlossenheit, mit der Frankreich 1918 die dauernde Lösung des linken Rheinufers vom Reiche gefordert habe. Gemessen an den weltgeschichtlichen Zusammenhängen, um die es sich hier handele, sei es allerdings von sekundärer Bedeutung, ob die Räumung 1930 oder 1935 erfolge. Die Verquickung von Reparation und Räumung sei einer der grössten Fehler unserer Rheinlandpolitik gewesen. Nach der Rheinlandräumung müsse man sich umso mehr der Saarbevölkerung annehmen. Die Saarfrage müsse Volkssache werden. Der Räumung müsse auch eine bewusste Grenzmarkpolitik in den bedrohten Gebieten folgen, wobei Reich und Länder zusammenwirken müssen. Das Stahlhelmverbot müsse im Rheinland aufgehoben werden.

Abg. Dr. Bakius (Ztr) weist auf die bevorstehende Räumung des besetzten Gebietes hin: Eine Befreiungsfeier können wir nur mit der Einschränkung begehen, dass wir zwar von der besonderen Bedrückung frei werden, aber mit dem Abzug der Besetzungstruppen noch nicht die volle Freiheit im Westen gewinnen. Die Befreiungsfeier muss sich darum der schweren Lage des Vaterlandes in würdiger Weise anpassen. Das ehemals besetzte Gebiet befindet sich in schwerer wirtschaftlicher Notlage. Wenn nun das Rheinland von der Besetzung befreit wird, dann sollte der Streit der Parteien darüber schweigen, wem das Hauptverdienst daran zuzuschreiben ist. Unser Dank gebührt den Deutschen, die in der Zeit der französischen Kulturschande für das Vaterland gelitten haben, auch den Rechtsanwältinnen im besetzten Gebiet, die ihre Landsleute oft nur um Gotteslohn der französischen Militärjustiz gegenüber verteidigt haben. Die Schmach der im Versailler Vertrag enthaltenen Kriegsschuldfrage muss endlich beseitigt werden. Vorher kann eine wirkliche Befriedung nicht eintreten. Die Regierung sollte auch alle Kräfte anspannen, um die wirtschaftlichen Versklavungsbestimmungen des Versailler Vertrages revidieren zu lassen.

Abg. Dr. Kalle (D.Vp.) drückt seine Freude darüber aus, dass der betrübliche Etat der besetzten Gebiete nun verschwinden soll. Für die Übergangszeit wird noch grosse Arbeit zu leisten sein. Die wirtschaftliche Not ist gross im ehemals besetzten Gebiet. Darum muss im Reichsinnenministerium eine Stelle geschaffen werden, die nach Aufhebung des Ministeriums für die besetzten Gebiete die dort gesammelten Erfahrungen weiter verwerten kann. Diese sachverständige Stelle ist auch notwendig, um für die gerechte Verteilung der Mittel zu sorgen, mit denen der durch die Besetzung entstandene wirtschaftliche Schaden wieder ausgeglichen werden soll. Wir stimmen der in einer Ausschuss-Entschliessung aufgestellten Forderung zu, dass alle Grundstücke, Gebäude und alle Mobiliar im bisher besetzten Gebiet, die dem Reich aus Anlass der Besetzung überlassen werden mussten, den früheren Besitzern nach Freiwerden zu dem Preise überlassen werden, den das Reich beim Erwerb gezahlt hat. Der während der Besetzungsperiode lahmgelegte Fremdenverkehr muss durch behördliche Massnahmen wieder belebt werden. Das gilt besonders für Wiesbaden. Den Landwirten

an der Grenze des Saargebiets müssen Erleichterungen gewährt werden. Wenn jetzt die französische Besatzung abzieht, bleibt ein Makel an der französischen Politik haften. Das Auftreten der französischen Besatzung im deutschen Rheinland bleibt das schändlichste Blatt in der Entwicklungsgeschichte zu einem besseren Europa. (Leb.Zustimmung.)

Minister Treviranus:

Die Reichsregierung spricht der Bevölkerung der besetzten Gebiete den Dank für ihre nationale Treue und die Freude über die Erhaltung der Reichseinheit aus, was uns auch die Hoffnung auf Überwindung der jetzigen Not gibt. Ich bedauere, dass viele Kämpfer für die Erhaltung der Reichseinheit den Tag der Befreiung nicht mehr erlebt haben. Bis zum 1. Oktober wird für die Beamten des Aussendienstes die Übernahme in andere Behörden sichergestellt sein. Ein Generalplan der weiteren Unterbringung wird für die Beamten des Reichskommissariats in den nächsten Tagen fertiggestellt. Die nicht unterzubringenden Beamten werden finanziell entschädigt und sichergestellt werden. Die Auflösung dieses Reichsministeriums, die zum 1. Oktober durch Verordnung des Reichspräsidenten erfolgen wird, ermöglicht Ersparnisse, jedoch bleibt mit Zustimmung des Reichsrates der Haushaltsplan unverändert. Grösste Sparsamkeit wird geübt werden. Das Westprogramm kann nur Erfolg haben, wenn die Aktion in den folgenden Jahren fortgesetzt wird. Bei der Ungewissheit der finanziellen Zukunft können wir jedoch ein solches Programm noch nicht vorlegen. Wir wollen nicht einzelne Betriebe subventionieren, sondern durch Verminderung der Arbeitslosigkeit und Förderung der Landwirtschaft allgemein helfen. Die Zerstörung der Luftschiffhallen zeigt, wie weit wir noch von freier Selbstbestimmung sind. (Sehr wahr! rechts) Den Dank an die Bevölkerung wird man am besten abstaten durch fleissigen Besuch dieses Landes, das uns ein Vorbild nationaler Arbeit gegeben hat. (Beifall).

Abg. Sparrer (Dem) gedenkt des gemeuchelten Reichsministers Rathenau und stellt aus den Erfahrungen des besetzten Gebietes fest, dass der Militarismus der Entente dem früheren deutschen Militarismus mindestens nicht nachsteht. Es wäre Zeit, die Schuld Klausel und andere Bestimmungen aus dem Versailler Frieden zu streichen.

Abg. Kollwitz (Kom) fragt, wer die 1 bis 1½ Millionen Kosten der Befreiungsfeiern bezahlt, beschuldigt das Zentrum, den Separatismus gefördert und heute noch Separatisten unter sich zu haben, greift die französischen Sozialisten an, weil sie den französischen Militarismus stützten und bezeichnet die 20 Millionen Westhilfe angesichts der dortigen Notlage als einen Dreck. Eine Milliarde stopfe man den Grossagrariern des Ostens ins Maul. Aachen und Düren hätten noch keine Trinkwasserleitung, aber an diese Arbeitsbeschaffung denke man nicht. Deutsche Arbeiter habe man in französischen Besetzungsdienst gezwungen durch die Drohung, sie sonst aus der Arbeitslosenversicherung hinauszuwerfen; dabei zahlte die Besetzung keine Sozialversicherungsbeiträge. Zum Schluss stellt der Redner die französischen Offiziere den deutschen Offizieren gleich, wogegen die Rechte laut protestiert.

Abg. Pallmann (Wi.P.) erhebt Beschwerde gegen eine Geheimverfügung des Reichsvermögensamtes Aachen, die im besetzten Gebiet freiwerdenden reichseigenen Wohnungen, die Ausgewiesenen, Kriegsbeschädigten usw. zur Verfügung gestellt werden sollen, nur an Zahlungsfähige zu vergeben. Die Ausgewiesenen seien zumeist zahlungsschwach. Die Reichseigenen Wohnungen im besetzten Gebiet würden zum grossen Teil den privaten Mietern entzogen und Beamten zu einer um 60 % gesenkten Miete gegeben. (Hört! Hört!)

Abg. Dorsch-Hessen (Chr.nat.B.P.): Statt der Besoldungsreform hätte man das Geld besser für die besetzten Gebiete verwendet. Angesichts der gegenwärtigen Not können die Beamten nicht verlangen, von ihrem Beitrag zur Hilfe befreit zu bleiben.

Abg. Dr. Bayersdörfer (BVP) bespricht die Notlage der Pfalz und der ost-

bayerischen Gebiete,

Abg. Kirschmann (Soz):

Als sich im November des vergangenen Jahres die deutschen und französischen Unterhändler in Paris zur ersten Aussprache über die vorzeitige Rückgliederung des Saargebietes trafen, bestand allgemein die Hoffnung, auch dieses Problem bis zur endgültigen Räumung des Rheinlandes lösen zu können. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Man hat den Eindruck, als ob die Verhandlungen endgültig versumpft sind, es besteht heute keine Aussicht mehr, dass bis zur nächsten Völkerbundstagung im September eine Klärung möglich ist. Über die Bedingungen, unter denen die vorzeitige Rückgliederung des Saargebietes erfolgen kann, kann ich mir nach den Erklärungen der Reichsregierung und vor allen Dingen des Preussischen Ministerpräsidenten weitere Worte ersparen. Ich möchte nur betonen, dass die uneingeschränkte Souveränität und die Rückführung der Gruben in den Besitz der Vorbesitzer, also des Preussischen und Bayerischen Staates Selbstverständlichkeiten sind. Dass wir nicht gleichzeitig die Lösung der Saarfrage registrieren können, ist die einzige schmerzliche Feststellung, die ich zu machen habe. Ich möchte nämlich mit besonderem Nachdruck betonen, dass die Sozialdemokratie nicht geneigt ist, die Räumung der Rheinlande als Erfolg der Verständigungspolitik bagatellisieren zu lassen.

Wir schliessen uns dem Dank, den der Herr Minister an alle, die an der vorzeitigen Räumung der Rheinlande beteiligt sind, abstattete, freudig an. Leider sind wir nicht imstande, ihn selbst einzubeziehen. Wir konstatieren seine Wandlung. Es wäre aber unehrlich gegenüber der politischen Geschichte, zu verschweigen, dass die Politik des Herrn Treviranus und seiner Freunde keine Verständigungsbasis mit den anderen Mächten abgegeben hat. Wir möchten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den Herrn Minister daran zu erinnern, dass es möglich ist, die Dankgefühle der Reichsregierung materiell zu realisieren. Zu unserem grossen Erstaunen hat der Herr Minister um die Ablehnung des neuen Titels 6, der 1 Million Mark zur Verschickung von Kindern aus den notleidenden Kreisen bereitstellt, gebeten. Angeblich weil keine Deckung vorhanden ist. Wir werden zur dritten Lesung des Etats Gelegenheit schaffen, diese selbstverständliche Forderung zu bezahlen. Wir hörten von den Fürsorgemassnahmen des Ministeriums zu Gunsten der Angestellten und Arbeiter, die bei den verschiedenen Verwaltungen im besetzten Gebiet lange Jahre schwerste Pflicht erfüllten. Wir betonen unsere Forderung, dass es möglich sein muss, auch diese Gruppen genau so wie die Beamten zu betreuen, und dass es gelingen muss, die freierwerbenden Angestellten und Arbeiter in anderen Verwaltungszweigen des Reichs und der Länder zweckentsprechend zu verwenden. Eine weitere Gelegenheit, Dank abzustatten, ist eine zweckentsprechende Durchführung der Westhilfe, für die wir Sozialdemokraten nach wie vor die gesetzliche Grundlage entsprechend der Reichsratsentschliessung fordern. Ich habe nicht die Absicht, heute in die Einzelheiten der Westhilfe einzusteigen. Dazu wird sich bei der Beratung des Kriegslastenhaushalts, in dem nach dem letzten Beschluss des Reichsrats die sachlichen Positionen des Ministeriums für die besetzten Gebiete untergebracht sind, Gelegenheit finden. Die Notwendigkeit einer Hilfsaktion wird allenthalben anerkannt. Umsomehr, als das besetzte und ehemals besetzte Gebiet nicht uferlose Subventionen fordert, sondern sich damit bescheidet, zu wünschen, dass ihm durch eine Solidaritätshandlung des ganzen Volkes Gelegenheit gegeben werde das Übermass an Last als Folge des verlorenen Krieges einigermaßen auszugleichen. Was wir fordern, sind rasche Massnahmen. Die Arbeitsmarktlage in den westlichen Grenzgebieten hat in den letzten Monaten erschreckende Verschlechterung erfahren. Besonders grausam wirken sich in einigen preussischen und pfälzischen Bezirken die brutalen Massnahmen der Saarregierungscommission aus, die einfach die Grenzen für den Arbeiterverkehr sperrt und die Ablegungen der französischen Bergwerksdirektion der Saargruben. Es muss deshalb gefordert werden, dass der Teil der Mittel, der unmittelbaren wirtschaftlichen Zwecken im

Rahmen des Westhilfsprogramms dienen soll, sofort flüssig gemacht wird, damit durch diesen Zusatz längst projektierte Notstandsarbeiten, in der Hauptsache Strassen- und Bahnbauten in Angriff genommen werden können. Die Frage der Saargänger werden wir später ausführlich behandeln, heute mag es genügen, darauf hinzuweisen, dass die Sozialdemokratie nicht geneigt ist, an diesen Hilfsmassnahmen rütteln zu lassen.

Nach dem Beschluss des Reichsrats soll das Ministerium für die besetzten Gebiete mit dem 30. September d. J. sein Ende finden. Wir erklären uns mit diesem Beschluss ausdrücklich einverstanden. Es gibt keinen Grund, der dafür spricht, das Amt nach Erledigung seiner Aufgaben am Leben zu erhalten. Die Beseitigung dieses Amtes, dessen sachliche Zuständigkeit stets gering war, und das als politisches Ministerium ständig unter dem Eifer der Sachressorts litt, ist ein aussenpolitischer Erfolg von erheblichem Ausmass. Wir reklamieren auch als Oppositionspartei unseren Anteil an dem glückhaften Resultat vernünftiger auf Verständigung gerichteter Aussenpolitik. Es waren in erster Linie die Angehörigen der werktätigen Bevölkerung, die das Rheinland vor dem Schicksal der Trennung vom Mutterlande bewahrten. Ihnen sagen wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklichen Dank. Sie haben in wohlverstandenen patriotischem Eifer die Vorbedingung für die jetzt wieder erlangte staatspolitische Freiheit geschaffen. Wenn bei den Kundgebungen aus Anlass des Abzugs der fremden Soldaten Jubel und Freude herrscht, dann darf des heldenhaften Widerstandes des Arbeitvolkes am Rhein nicht vergessen werden, insbesondere scheint es mir eine Pflicht zu sein, den Eisenbahnern ein Wort der Anerkennung zu sagen. Aber wir wollen darüber keinerlei Zweifel aufkommen lassen. Die Freude über die Räumung ist gross und echt. Das Volk will aber keine Feste feiern, sondern Arbeit und Brot für die sozial bedrückten Schichten ist die nationale Freiheit nicht der Freiheitsbegriff schlechthin. Deshalb wird es notwendig sein, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit als Grundlage für die Erlösung der Menschen aus der sozialen Not zu benützen. In diesem Sinne feiern wir Befreiung am Rhein. Wir haben nie den französischen Soldaten gehasst, unser Hass und unsere Verachtung und unser Kampf galt dem System, dem französischen Militarismus, genau wie früher dem deutschen.

Noch eine Bemerkung. Durch die Presse ging die Mitteilung und der Herr Minister hat das heute ausdrücklich bestätigt, das Kabinett habe im Einverständnis mit den Regierungsparteien beschlossen, das Ministerium entsprechend dem Reichsratsbeschluss am 30. September zu liquidieren. Es soll nur ein kleines Abwicklungs- und Überleitungskommando unter dem Minister Treviranus bis zum 31. März 1931 erhalten bleiben. Ganz abgesehen von dem Optimismus, mit dem dieser Beschluss ausgestattet ist, scheint uns eine sachliche Berechtigung für eine solche Massnahme nicht zu bestehen. (Minister Treviranus: Eine solche Absicht besteht nicht!) Dann brauche ich auch nicht weiter darüber zu sprechen. Wir verlangen Dank an das Rheinland durch die Hilfsmassnahmen, die ich empfohlen habe. (Lebh. Beifall der Soz.)

Ministerialrat Dr. Bender beantwortet die Frage des Abg. Kallmann dahin, dass jener Erlass zum Teil unrichtig und darum aufgehoben sei, und dass angeordnet wurde, bei Schwerkriegsbeschädigten gegebenenfalls bis auf die Hälfte der Friedensmiete herunterzugehen.

Um 3/4 15 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr: Amnestieanträge.